



Az.: 20.1.0107.002.001

**Anträge der Fraktionen, Ratsmitglieder und Dritter zum städtischen Haushaltsentwurf 2020**

Beratungsweg	Sitzungstermin
Haupt- und Finanzausschuss	04.12.2019
Rat	11.12.2019

<b>Zuständige/r Dezernent/in</b>	Haas, Willibrord
----------------------------------	------------------

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	<input checked="" type="checkbox"/> JA	<input type="checkbox"/> NEIN
---------------------------------	--	-------------------------------

Im Haushaltsplan vorgesehen		JA		NEIN	
Teilergebnisplan		Teilfinanzplan		Investitionsmaßnahme	
Produkt Nr.					
Kontengruppe					
Betrag					
einmalige	Erträge	Aufwendungen	laufende	Erträge	Aufwendungen
Insgesamt			Insgesamt		
Beteiligter Dritter			Beteiligter Dritter		
Anteil Stadt Kleve			Anteil Stadt Kleve		

--

1. Beschlussvorschlag

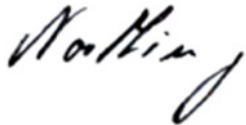
Dem Rat zur Kenntnis im Rahmen der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung.

## 2. Schilderung des Sachverhaltes / Begründung

Der Verwaltung liegen insgesamt 45 Anträge der Fraktionen und Dritter zum städtischen Haushaltsentwurf 2020 vor.

Alle Anträge sind in der Anlage zur Drucksache zusammengestellt. Die Anträge der Fraktionen sind unter I. und die Anträge Dritter unter II. der Anlage zusammengefasst.

Kleve, den 02.12.2019

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Northing', written in a cursive style.

(Northing)

## Auflistung aller Anträge zum Haushalt 2020

### I. Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder

	Produkt	Bezeichnung	Antragssteller
1	0105	Aufwendungen für Bürobedarf	Ratsmitglied Frau Fuchs
2	0105	Elektroräder für den OSD	CDU
3	0106	Aufwendungen für die Errichtung eines Jugendparlaments	Unabhängige Klever
4	0106	Aufwendungen für Fortbildung	Ratsmitglied Frau Fuchs
5	0107	Verbesserung des ÖPNV	CDU
6	0109	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung	Ratsmitglied Frau Fuchs
7	0111	Aufwendungen für sonstige Auszahlungen	Ratsmitglied Frau Fuchs
8	0112	Erbpacht von Grundstücken	Bündnis 90 / Die Grünen
9	0201	Verkehrsspiegel für Linksabbieger T-Kreuzung „Mittelweg - Lindenallee	Unabhängige Klever
10	0401	Aufwendungen für die Förderung des kulturellen Angebots	Ratsmitglied Frau Fuchs
11	0401	Aufwendungen für den Kulturleitplan	Ratsmitglied Frau Fuchs
12	0401	Aufwendungen für Werbung	Ratsmitglied Frau Fuchs
13	0504	Einrichtung eines Budgets für die Aufgaben der Integration und Inklusion in der Stadt Kleve	Bündnis 90 / Die Grünen
14	0801	Änderung der Richtlinien zur Förderung des Sports	SPD
15	0801	Sport- und Bewegungsförderung für Erstklässler	Bündnis 90 / Die Grünen
16	0901	Aufwendungen für Städtebauliche Planung	Ratsmitglied Frau Fuchs
17	0901	Rettungspunkte/ Notrufnummern für Sitzbänke	FDP
18	1001	Aufwendungen für die Denkmalliste	Ratsmitglied Frau Fuchs
19	1001	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Gestaltungsbeirat)	Ratsmitglied Frau Fuchs
20	1001	Förderprogramm „Jung kauft Alt - junge Leute kaufen alte Häuser“	SPD
21	1001	Stellenanhebung Denkmalschutz	Ratsmitglied Frau Fuchs
22	1001	Zuschuss Denkmalschutz	Ratsmitglied Frau Fuchs
23	1201	Anpassung der Grunddaten für den Radwegeausbau	Ratsmitglied Frau Fuchs
24	1201	Beleuchtung Straße Buchholz/Marienschule	CDU
25	1201	Einsatz von „True Amber LEDs	Unabhängige Klever
26	1201	Einstellung des Bauvorhabens Bresserbergstraße	Ratsmitglied Frau Fuchs
27	1201	Sperrvermerk für das Mobilitätskonzept	CDU
28	1201	Verkehrsberuhigung Friedrich-Ebert-Ring	CDU
29	1201	Verkehrsberuhigung Spyckscher Baum	CDU
30	1201	Verkehrssicherheit Hammscher Weg	CDU
31	1303	Mehr Reichswald, Ketelwald und Mookerheide: Natur und Naherholung für uns und unsere Gäste	CDU und Bündnis 90 / Die Grünen

32	1401	Aufwendungen für den Klimaschutz	Ratsmitglied Frau Fuchs
33	1401	Aufwendungen für das Radwegekonzept	Ratsmitglied Frau Fuchs
34	1401	Aufnahme Klever E-Ladesäulen in weitere Abrechnungsverbundsysteme	Unabhängige Klever
35	1401	Biologisch abbaubare Hundekotbeutel	FDP
36	1401	Destination Charging für Klever Industriegebiete	Unabhängige Klever
37	1401	Schaffung von sicheren Radwegen/ Radfahrstraßen für Schüler und Alltagsradler - Prüfantrag	Bündnis 90 / Die Grünen
38	1601	Einführung einer Baulandsteuer	SPD

## II. Anträge Dritter

39	0401	Antrag auf Zuschuss zu einer Personalstelle	Theater im Fluss e.V.
40	0401	Antrag auf Zuschuss zu den Sachkosten	Theater im Fluss e.V.
41	0401	Antrag auf Zuschuss für das Sonderprojekt Kunstbude	Theater im Fluss e.V.
42	0501	Antrag auf städt. Zuschuss Sozialberatung Diakonie Kleve	Diakonie im Kirchenkreis Kleve e.V.
43	0501	Antrag für erste Maßnahmen zur Quartiersentwicklung	Theater im Fluss e.V.
44	0602	Baukostenzuschuss für Vereinsheim RADHAUS	Klever Jugendwerk e.V.
45	1303	Förderung eines Projektes zum Schutz heimischer Insekten	NABU Naturschutzstation Niederrhein

**Anträge der Fraktionen, die sich auf den Haushalt auswirken können:**

<b>Nr.: 1</b>
Produkt/ Produkte:
0105 – Zentrale Dienste
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für Bürobedarf</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Für Aufwendungen für Bürobedarf werden, wie im Haushalt 2019, 59.400 € bereitgestellt; die von der Stadtverwaltung veranschlagte Kürzung um 20% wird zurückgenommen. Obwohl die Stellen von 8,99 (2019) auf 11,29 (2020) zunehmen, will die Stadtverwaltung den Bürobedarf bei den zentralen Diensten um 20% kürzen. Hierfür fehlt es an einer sachlich-logischen Begründung.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
Ursprünglich wurden zum Haushalt 2019 auf dieser Position 45.000 € angemeldet. Da die Beschaffung von Büromaterialien zentral erfolgen sollte, wurde im Jahre 2019 erstmalig das Material für die Kindertagesstätten durch die Abteilung 10.2 beschafft und nicht durch den Fachbereich 51. Hierzu wurde ein Mehrbedarf von 14.400 € zum Nachtrag angemeldet. Für 2020 wurde nach entsprechender Auswertung entschieden, die Beschaffung für die Kindertagesstätten aus Effizienzgründen wieder durch Fachbereich 51 erfolgen zu lassen. Hierfür hat Fachbereich 51 eigene Mittel angemeldet. Seitens 10.2 wurden für 2020 demnach 48.000 € und somit bereits 3.000 € mehr als im Vorjahr angemeldet. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 2</b>
Produkt/ Produkte:
0105 – Zentrale Dienste
Bezeichnung des Antrages:
<i>Elektroräder für den OSD</i>
Antragssteller:
CDU
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Es wird beantragt, die Anschaffung von Elektrorädern für den Ordnungs- und Servicedienst der Stadt Kleve (OSD). Begründung: Der Einsatz von Elektrorädern macht den Ordnungsdienst - besonders in der Innenstadt, Kellen und Materborn - flexibler, ist ein Beitrag zum Klimaschutz und trägt zur Bürgernähe bei.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
6.500 €
Bemerkungen
Die Verwaltung begrüßt diesen Antrag. Bereits in der Sitzung am 25.04.2012 hat der VV beschlossen, zwei Dienstfahrräder (keine Elektrofahrräder) für den OSD anzuschaffen. Hier wurden ca. 1.000 € pro Dienstfahrrad veranschlagt und das Leistungsverzeichnis war bereits fertiggestellt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2015 sowie der Gespräche für die Etatansätze für das Jahr 2016 wurde die Beschaffung von Dienstfahrrädern für den OSD bis auf weiteres zurückgestellt. Elektrofahrräder würden dem OSD mehr Nähe zum Bürger ermöglichen, indem sie greifbarer und einfacher ansprechbar sind. Zudem wären einige Örtlichkeiten auf dem Gebiet der Stadt Kleve, insbesondere der Innenstadtbereich sowie die Ortschaften Kellen, Rindern und Materborn, schneller zu erreichen. Auch wäre der OSD bspw. bei Kontrollen in Parkanlagen flexibler. Aus Sicht der Verwaltung sollten für den OSD zwei Elektrofahrräder angeschafft werden, da der Dienst (Früh- oder Spätdienst) in der Regel mit zwei Personen besetzt ist. Neben den Elektrofahrrädern sollten auch vier Fahrradhelme (pro Mitarbeiter einer) sowie zwei Fahrradtaschen zum Transport von etwaigen Materialien sowie technischen Hilfsmitteln angeschafft werden. Für zwei Elektrofahrräder wäre ein Ansatz in Höhe von 6.000 € realistisch. Zudem müssten für die Fahrradhelme sowie Fahrradtaschen insgesamt 400 € - 500 € veranschlagt werden. Die Verwaltung schlägt vor, an städtischen Mitteln 6.500 € für die Beschaffung von zwei Elektrofahrrädern, Fahrradhelmen und Fahrradtaschen bereitzustellen.

<b>Nr.: 3</b>
Produkt/ Produkte:
0106 - Personalmanagement
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für die Errichtung eines Jugendparlaments</i>
Antragssteller:
Unabhängige Klever
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, für die Einrichtung und den laufenden Betrieb eines Jugendparlaments eine halbe Stelle eines Sozialpädagogen/in sowie Mittel für Sachleistungen im Haushalt 2020 mit Sperrvermerk einzustellen.</p> <p>Das von den Unabhängigen Klevern geforderte Jugendparlament, kurz JuPa, soll zu Beginn des Jahres 2020 im entsprechenden Fachausschuss beraten werden. Neben den Unabhängigen Klevern befürworten auch andere Fraktionen ein JuPa. Damit die Einrichtung ohne Zeitverzug stattfinden kann, soll vorsorglich ein Betrag mit einem Sperrvermerk in Höhe einer halben Stelle zur Anstellung eines Sozialpädagogen/in sowie Sachmittel im Haushalt verankert werden.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
Der Antrag der SPD-Fraktion vom 24.09.2019 wird im ersten Halbjahr 2020 im Jugendhilfeausschuss beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen bleibt abzuwarten. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 4</b>
Produkt/ Produkte:
0106 - Personalmanagement
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für Fortbildung</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Die Aufwendungen für Fortbildung werden von 73.000 € um 3.500 € erhöht auf 76.500 €. Gegenüber 2019 beabsichtigt die Stadtverwaltung, die Aufwendungen für Fortbildung um 3.500 € (= -4,6%) zu kürzen. Aus dieser Haushaltsstelle werden auch Fahrtkostenerstattungen für die Auszubildenden, Unterrichtsgelder und Einstellungstests finanziert. Da in 2020 mehr Stellen besetzt sein werden als in 2019 (13,07 gegenüber 9,4), ist eine Kürzung der Aufwendungen für Fortbildung nicht nachvollziehbar.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
3.500 €
Bemerkungen
Der zusätzliche Stellenumfang ergibt sich hier insbesondere durch nachrichtlich eingerichtete Stellen für Beamtinnen in Elternzeit. Grundsätzlich werden die Fortbildungsbudgets dezentral in den Fachbereichen geführt. Im Produktbereich 0106 wird dieses Budget unter anderem für verwaltungsweite Führungskräftefortbildungen angesetzt. Insbesondere im Kurs „In Zukunft führen“ werden im kommenden Jahr zwei Plätze weniger als noch in 2019 in Anspruch genommen. Entsprechend war hier das Budget 2020 im Vergleich zum Vorjahr zu kürzen. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.



<b>Nr.: 5</b>
Produkt/ Produkte:
0107 - Finanzmanagement, Kasse und RgWesen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Verbesserung des ÖPNV</i>
Antragssteller:
CDU
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, eine Anbindung der City-Buslinie Richtung Materborn/Reichswalde und Kellen zu prüfen.</p> <p>Begründung  Der Kreis Kleve hat angekündigt, weitere Mittel für die Verbesserung des ÖPNV zur Verfügung zu stellen. Um das ÖPNV-Angebot in Kleve zu verbessern, soll geprüft werden, ob und wie die obengenannte Zielsetzung erreicht werden könnte. Es wird gebeten, dass Ergebnis der Prüfung bis zum 31.03.2020 mitzuteilen.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag zu entsprechen. Die Verwaltung prüft, ob das ÖPNV-Angebot durch die Anbindung der City-Buslinie Richtung Materborn / Reichswalde und Kellen erweitert werden kann. Der Kreis Kleve wird bezüglich der Mittelvergabe um Stellungnahme gebeten. Im Anschluss der Prüfung wird berichtet.</p>

<b>Nr.: 6</b>
Produkt/ Produkte:
0109 - Technikunterstützung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für Aus- und Fortbildung</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Die Kürzung der Aufwendungen für Aus- und Fortbildung um 19.500 € auf nunmehr lediglich 31.500 € wird zurückgenommen. Der Haushaltsansatz wird auf 51.000 € angehoben und entspricht damit den für 2019 veranschlagten Aufwendungen. Vor dem Hintergrund des Themas „Digitalisierung“ und angesichts der insbesondere auf dem Gebiet der IT rasant voranschreitenden technischen Entwicklung ist die Kürzung der Aufwendungen für Aus- und Fortbildung nicht angebracht.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
19.500 €
Bemerkungen
Ursprünglich waren für den Haushalt 2019 Mittel in Höhe von 24.000 € angemeldet. Aufgrund zusätzlichen EDV-Schulungsbedarfs, der bis dato nicht vorhersehbar war (SAP, AutoCAD, ProBauG) wurden zum Nachtrag 2019 weitere 27.000 €, folglich insgesamt 51.000 € bereitgestellt. Für 2020 wurden nunmehr 31.500 € veranschlagt. Dies entspricht tatsächlich sogar einer Erhöhung des ursprünglichen Ansatzes aus 2019 um 7.500 €. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 7</b>
Produkt/ Produkte:
0111 - Organisationsangelegenheiten
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für sonstige Auszahlungen</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Die Aufwendungen für „Sonstige Auszahlungen“ werden in Höhe von 100.000 € mit einem Sperrvermerk versehen, der vom Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden kann. Dieser Ansatz entspricht dem für Organisationsuntersuchungen veranschlagten Ansatz. Jede von der Stadtverwaltung beabsichtigte Organisationsuntersuchung soll dem Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werden; dieser beschließt über die Mittelfreigabe. Gegenüber dem Haushalt 2019 hat die Stadtverwaltung bei diesen Aufwendungen eine Erhöhung um 33% auf nunmehr 100.000 € vorgeschlagen. Aus diesem Ansatz sollen „Organisationsuntersuchungen zuzüglich weiterer kleinerer Beratungsleistungen“ finanziert werden. Laut Grunddaten sind für 2020 drei interne Untersuchungen vorgesehen. Es entspricht den Zielen wie „Einheitlichkeit der Verwaltung“ und „Wirtschaftliches Verwaltungshandeln auf der Grundlage optimaler Organisationsstrukturen“, wenn der Rat über den Haupt- und Finanzausschuss frühzeitig eingebunden wird.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Der Antrag wird nicht befürwortet. Grundsätzlich bewegen sich die Angebotspreise der für die Organisationsuntersuchung zu beauftragenden Firmen im entsprechenden Rahmen von 20.000 € bis 30.000 €. Alle Organisationsuntersuchungen unterliegen demnach auch der Vergabe und somit einer internen Kontrolle. Zudem muss hier die Möglichkeit gegeben sein, terminlich flexibel reagieren zu können. Im Personalausschuss wird regelmäßig über die Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen berichtet. Der Antrag ist aus Sicht der Verwaltung abzulehnen.</p>

<b>Nr.: 8</b>
Produkt/ Produkte:
0112 - Liegenschaft
Bezeichnung des Antrages:
<i>Erbpacht von Grundstücken</i>
Antragssteller:
Bündnis 90 / Die Grünen
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, dass die Grundstücke Minoritenplatz (heutiger Parkplatz) und Altes Hallenbad unter das Erbbaurecht (Erbpacht) gestellt werden.</p> <p>Begründung:  Grund und Boden ist ein wertvolles Gut. Als Stadt kann man nur die weitere Stadtentwicklung in den eigenen Händen halten, wenn man die wenigen „Sahnegrundstücke“, die man noch in Besitz hält, auch langfristig planerisch gestalten kann. Der/Die Pächter/in kann das Grundstück 50 bzw. 99 Jahren nutzen und ggf. bebauen, die Stadt behält das Grundstück aber in ihrem Eigentum. Andere Städte (z.B. Tübingen, Würzburg) machen es uns vor. Langfristig wirft der Erbzins sogar einen Gewinn für die Stadt ab.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Das Grundstück des ehemaligen Hallenbades ist im Eigentum der Stadtwerke. Die Verwertung des Grundstückes Hallenbades sollte aus Sicht der Stadtwerke nach städtebaulichen Aspekten entschieden werden, so dass hierzu keine Stellungnahme durch die Stadtwerke erfolgt. Seitens der Bäderbetriebe ist zu berücksichtigen, dass die zeitnahe Vermarktung des Grundstückes zur Gegenfinanzierung der Errichtung des Kombibades vorgesehen ist. Die Verwaltung schließt sich der Auffassung der Stadtwerke an.</p> <p>Der Liegenschafts- und Steuerausschuss hat sich am 23.01.2019 bereits mit der Angelegenheit befasst. Das Grundstück Minoritenplatz ist als mögliche Erbbaurechtsfläche dargestellt. Vor einer Vermarktung werden die Optionen "Verkauf" oder "Erbpacht" anhand der dann vorliegenden Bodenrichtwerte geprüft und dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorgelegt. Die Verwaltung schlägt vor, die Prüfungen abzuwarten. Im Anschluss wird berichtet.</p>

<b>Nr.: 9</b>
Produkt/ Produkte:
0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Verkehrsspiegel für Linksabbieger T-Kreuzung „Mittelweg - Lindenallee</i>
Antragssteller:
Unabhängige Klever
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, der Rat möge beschließen, dass an der T-Kreuzung „Mittelweg-Lindenallee“ für die Linksabbieger, die vom Mittelweg kommen, eine Verkehrsspiegel installiert wird.</p> <p>Begründung:  Für Linksabbieger, die vom Mittelweg kommend an der T-Kreuzung „Mittelweg – Lindenallee“ stehen und nach links in die Lindenallee einbiegen wollen, ist der Querverkehr schlecht einsehbar, da die vor der Christus-König-Kirche stehenden PKW die Sicht versperren. Dies ist insbesondere bei größeren PKW wie bspw. Vans der Fall.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Ein Verkehrsspiegel ist keine amtliche Verkehrseinrichtung und muss daher auch nicht angeordnet werden. Da er jedoch auf das Verhalten der Verkehrsteilnehmer und das Verkehrsgeschehen Einfluss nimmt, unterliegt sein Aufstellen den straßenverkehrsrechtlichen Kriterien für Verkehrszeichen und -einrichtungen. Hier sind insbesondere der Vorrang der allgemeinen und besonderen Verhaltensvorschriften vor der Errichtung von Verkehrszeichen/-einrichtungen und das Kriterium der zwingenden Notwendigkeit zu nennen.</p> <p>Für das Verhalten an Kreuzungen und Einmündungen gilt § 8 StVO. Bejaht man die Sichtbehinderung durch die parkenden Fahrzeuge, so schreibt Abs. 2 Satz 3 der Vorschrift das dann erforderliche Verhalten des Verkehrsteilnehmers vor: “Er darf sich vorsichtig in die Kreuzung oder Einmündung hineintasten,...“. Dies bedeutet zentimeterweises Vorrollen bis zum Übersichtspunkt mit sofortiger Anhaltmöglichkeit (BGH NJW 85 2757). Führt dieses vorgeschriebene Verhalten jedoch zu einer erheblichen Behinderung des Verkehrsflusses und sind mit amtlichen Verkehrseinrichtungen keine Verbesserungen möglich, so kann aber auch erst dann auf andere Mittel – hier Verkehrsspiegel – zurückgegriffen werden.</p> <p>Diese Anforderungen sind aber an dieser Stelle nicht erfüllt.</p> <p>Aus Fahrtrichtung Mittelweg/Lindenallee sind die Sichtweiten auch bei dort parkenden Fahrzeugen ausreichend. Seitens der Polizei sind für diesen Bereich lediglich zwei leichtere Unfälle aufgenommen worden. Es entstehen immer wieder ausreichende Zeitlücken für ein gefahrenloses Einfädeln in den fließenden Verkehr. Nach allem ist festzuhalten, dass die Voraussetzung zur Einrichtung eines Verkehrsspiegels, auch nach Ansicht der Polizei, nicht vorliegen. Der Antrag ist aus Sicht der Verwaltung folglich abzulehnen.</p>

<b>Nr.: 10</b>
Produkt/ Produkte:
0401 - Kulturveranstaltungen und -förderung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für die Förderung des kulturellen Angebots</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Der Ansatz der Aufwendungen für die Förderung des kulturellen Angebots in Höhe von 12.500 € wird um 7.500 € erhöht; 2020 werden -wie im laufenden Haushaltsjahr- 20.000 € bereitgestellt. Im Haushaltsentwurf 2019 betrug der von der Stadtverwaltung selbst für angemessen gehaltene Ansatz 20.000 €. Eine Kürzung widerspricht der von der Bürgermeisterin in der jüngeren Vergangenheit im Kulturausschuss angekündigten Erhöhung der Mittel zur Förderung des kulturellen Angebots. Diese Zusage sollte eingehalten werden.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
7.500 €
Bemerkungen
Im lfd. Haushaltsjahr stehen von 12.500 € noch 2.500 € zur Verfügung. Falls in 2020 noch zusätzlicher Bedarf bestehen sollte, kann ein über dem veranschlagten Ansatz bestehender Bedarf im Nachtragsetat berücksichtigt werden. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 11</b>
Produkt/ Produkte:
0401 - Kulturveranstaltungen und -förderung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für den Kulturleitplan</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Für einen „Kulturleitplan“ werden im Haushalt 2020 Finanzmittel in Höhe von 5.000 € bereitgestellt. 2018 wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig beschlossen, ein externes Fachbüro mit dem Thema „Kulturleitplan“ zu beauftragen. Zur „Anschubfinanzierung“ wurden im Haushalt 2019 bereits 5.000 € bereitgestellt. Damit ein Kulturleitplan für Kleve erstellt und anschließend umgesetzt werden kann, reicht eine bloße Anschubfinanzierung nicht aus. Auch hier ist Kontinuität erforderlich. Hierfür werden Finanzmittel benötigt.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
5.000 €
Bemerkungen
Es ist richtig, dass die 5.000 € nur eine Anschubfinanzierung darstellen. Aber die neue Mitarbeiterin kann sich erst im ersten Quartal 2020 in das Sachgebiet einarbeiten und wird im kommenden Jahr den Kulturleitplan auch nur anstoßen können. Eine Fertigstellung des Planes ist für 2021 möglich und dann werden zum Etat 2021 entsprechende Mittel angemeldet. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 12</b>
Produkt/ Produkte:
0401 - Kulturveranstaltungen und -förderung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für den Werbung</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Der Haushaltsansatz für Werbung wird von 30.000 € um 4.000 € auf 34.000 € erhöht. Aus diesen Aufwendungen sind auch die überregionale Werbung sowie die touristische Vermarktung der Parkanlagen zu finanzieren. An der konzeptionellen Arbeit sind Klever Kulturschaffende zu beteiligen. Die von der Stadtverwaltung gegenüber dem Haushaltsentwurf 2019 eingeplante leichte Erhöhung der Aufwendungen für Werbung um 1.000 € ist ein Schritt in die richtige Richtung. Mit der erneut beantragten Erhöhung der Aufwendungen könnte die Stadt der von ihr mit in Auftrag gegebenen „Euregionalen Verflechtungsstudie Grenzregio Nimwegen-Kleve“ aus 2009 positive Taten folgen lassen. Darin werden unter anderem die „Gemeinsame Natur- und Kulturlandschaft“ und die „Grenzregion als Tourismus-Marke“ hervorgehoben. Die Umsetzung dieses Vorhabens sollte unter Mitwirkung der lokalen Kulturszene erfolgen; hierbei wäre die Expertise des „Klevischen Vereins“ von besonderer Bedeutung.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
4.000 €
Bemerkungen
<p>Die Vermarktung der touristischen Parkanlagen wird nicht aus dem Produkt 0401 finanziert. Diese Aufwendungen werden von der WTM getätigt. Im Etat 2020 ist ein Zuschuss für die WTM i.H.v. 630.000 € berücksichtigt. Mittel für die überregionale Werbung sowie für die touristische Vermarktung der Parkanlagen sind im Etat nicht expliziert veranschlagt. Einzelne Veranstaltungen des Forstgartens, u.a. Forstgartenkonzerte, sind im Etat 2020 berücksichtigt. Ein zusätzlicher Bedarf ist aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht erkennbar. Der Ansatz bei Produkt 0401 steht ausschließlich für die Vermarktung der städtischen Veranstaltungen (u.a. Konzerte, Theater, Forstgartenkonzerte) zur Verfügung. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag abzulehnen.</p>



<b>Nr.: 13</b>
Produkt/ Produkte:
0504 - Leistung für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge
Bezeichnung des Antrages:
<i>Einrichtung eines Budgets für die Aufgaben der Integration und Inklusion in der Stadt Kleve</i>
Antragssteller:
Bündnis 90 / Die Grünen
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, ein Budget in Höhe von 5000 € für die Aufgabenbereiche Integration und Inklusion in den Haushalt der Stadt Kleve einzustellen.</p> <p>Begründung:  Seit August 2019 ist die neu eingerichtete Stabsstelle Integration und Inklusion besetzt. Die Stelleninhaberin ist derzeit mit der Erstellung eines Konzeptes beschäftigt. Für 2020 halten wir es für sinnvoll, dass die Stelleninhaberin neben der Planung erste Aktionen umsetzen kann, wie beispielsweise die Durchführung von koordinierenden Veranstaltungen oder die Erstellung von barrierefreien Informationsmaterialien (z.B. in leichte Sprache oder in Fremdsprachen übersetzt). Zur Finanzierung beispielsweise externer Referenten oder Übersetzungsbüros sollten finanzielle Mittel vorgesehen werden. Das Budget muss nach abgestimmtem Konzept möglicherweise angepasst werden.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
5.000 €
Bemerkungen
<p>Der Argumentation von Bündnis 90/Die Grünen kann aus Sicht der Verwaltung grundsätzlich gefolgt werden. Durch ein eigenes Budget könnte die Integrationsbeauftragte schnell und unbürokratisch Veranstaltungen und Aktionen initiieren oder entsprechendes Infomaterial erstellen lassen. Dabei sollte jedoch zwingend darauf geachtet werden, dass man vorrangig bereits bestehendes Infomaterial von anderen Institutionen nutzt bzw. Drittmittel einsetzt. Aus Erfahrungen mit dem Umgang eines solchen Budgets im Bereich Arbeitgeberservice (AGS) wird einen Betrag i.H.v. 5.000 € als ausreichend erachtet. Es wäre sinnvoll, wenn hieraus eigene Fortbildungen finanziert werden könnten bzw. man diesen Betrag aufteilt würde, in 4.000 € Budget und 1.000 € Fortbildung. Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag in der dargelegten Weise zuzustimmen.</p>

<b>Nr.: 14</b>										
Produkt/ Produkte:										
0801 – Förderung des Sports										
Bezeichnung des Antrages:										
<i>Änderung der Richtlinie zur Förderung des Sports</i>										
Antragssteller:										
SPD										
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:										
<p>Es wird beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:  Die Richtlinien zur Förderung des Sports vom 18.05.2005 in folgender Weise zu ändern:  3,8 Beihilfen zu den Gebühren für die Benutzung der städtischen Bäder.  Zu den Gebühren für die Benutzung der städtischen Bäder erhalten die Klever Sportvereine/  Verbände/Bildungseinrichtungen/Freiwillige Feuerwehr folgende Beihilfen:  für die Benutzung des Hallenbades:</p> <table border="0"> <tr> <td>    Clever Schwimmverein</td> <td>75 % der Gebühren</td> </tr> <tr> <td>    Klever Tauchgemeinschaft</td> <td>75 % der Gebühren</td> </tr> <tr> <td>    Versehrtensportgemeinschaft</td> <td>75 % der Gebühren</td> </tr> <tr> <td>    DLRG - Ortsgruppe Kleve</td> <td>100 % der Gebühren</td> </tr> <tr> <td>    THW - Ortsgruppe Kleve</td> <td>100 % der Gebühren</td> </tr> </table> <p>Hinzufügen: Freiwillige Feuerwehr der Stadt Kleve 100 % der Gebühren.  Im Weiteren ist redaktionell das Hallenbad Kleve in „Sternbuschbad Kleve“ zu ändern.</p> <p>Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Kleve nimmt verschiedentlich auch Aufgaben im Bereich der Rettung auf Gewässern wahr. Um die Fertigkeiten und Kenntnisse zu vertiefen ist es sicher nicht schädlich, die Feuerwehr der Stadt Kleve mit den bereits vorgenannten Rettungsorganisationen gleich zu schalten.</p>	Clever Schwimmverein	75 % der Gebühren	Klever Tauchgemeinschaft	75 % der Gebühren	Versehrtensportgemeinschaft	75 % der Gebühren	DLRG - Ortsgruppe Kleve	100 % der Gebühren	THW - Ortsgruppe Kleve	100 % der Gebühren
Clever Schwimmverein	75 % der Gebühren									
Klever Tauchgemeinschaft	75 % der Gebühren									
Versehrtensportgemeinschaft	75 % der Gebühren									
DLRG - Ortsgruppe Kleve	100 % der Gebühren									
THW - Ortsgruppe Kleve	100 % der Gebühren									
a) Ansatz/ b) Teilansatz										
Bemerkungen										
<p>Dieser Antrag wird aus Sicht der Verwaltung unterstützt. Für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Kleve wird bereits das Lehrschwimmbekken der Marienschule für die Durchführung von Übungen genutzt. Die Kosten für die Benutzungen werden gem. Punkt 3.8 b der Richtlinie zur Förderung des Sports zu 100% getragen. Da es bisher nie zu Belegungsproblemen hinsichtlich der Nutzung des Lehrschwimmbekkens zwecks Durchführung der Übungen gekommen ist, wäre eine Erweiterung auf das Sternbuschbad nicht notwendig. Sollte sich trotzdem ein zusätzlicher Bedarf der Freiwilligen Feuerwehr ergeben, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, das Sternbuschbad für Übungszwecke kostenfrei nutzen zu können.</p> <p>Die Richtlinien zur Förderung des Sports werden in Kürze überarbeitet und dann werden natürlich auch die aktuellen Bezeichnungen übernommen.</p> <p>Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag zuzustimmen.</p>										

<b>Nr.: 15</b>
Produkt/ Produkte:
0801 – Förderung des Sports
Bezeichnung des Antrages:
<i>Sport- und Bewegungsförderung für Erstklässler</i>
Antragssteller:
Bündnis 90 / Die Grünen
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Wie im Haupt- und Finanzausschuss vom 26.9.2019 abgesprochen, wird der Antrag vom 15.11.18 erneut gestellt, wenn auch mit breiterer Zielrichtung, da die Diskussion im Sportausschuss sowie die Vorbereitung der Verwaltung unseren Antrag auf sozial benachteiligte Kinder eingeschränkt hat.</p> <p>Es geht um zwei Zielsetzungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kinder schon im frühen Alter an den Bewegungsspaß heranzuführen (jedes 4. Kind lebt bewegungsarm) und</li> <li>2. unseren Sportvereinen junge Mitglieder zuzuführen (manche klagen über zu wenig Nachwuchs in den Vereinen).</li> </ol> <p>Beschluss:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausgabe von Gutscheinen für eine einjährige Mitgliedschaft in einem Sportverein für die Erstklässler vorzubereiten.</li> <li>2. Alle städtischen Grundschulen werden gebeten, in der ersten Schulwoche auf dieses Angebot schriftlich hinzuweisen und eine Bestandsaufnahme des Interesses für einen der Sportvereine in der Nähe des Wohnviertels des Kindes ans Schulamt weiterzugeben.</li> <li>3. Das Schulamt gibt die Anzahl an die Sportvereine weiter und sorgt für eine Ausgabe der Gutscheine in den betreffenden Grundschulen.</li> <li>4. Der Rat der Stadt Kleve stellt 15.000 € für das Jahr 2020 zur Verfügung und evaluiert gegen Ende des Jahres das Interesse.</li> </ol>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
15.000 €
Bemerkungen
Bereits im Sportausschuss am 01.07.2019 wurde die Sicht der Verwaltung dargelegt, dass keine zusätzlichen Anreize für eine Mitgliedschaft in einem Sportverein für Erstklässler geschaffen werden sollen. Vielmehr sollten die Sportvereine verstärkt Kooperationen mit den Schulen und den offenen Ganztag eingehen. Folglich wird aus Sicht der Verwaltung vorgeschlagen, dem Antrag nicht zu entsprechen.

<b>Nr.: 16</b>
Produkt/ Produkte:
0901 - Städtebauliche Planung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für Städtebauliche Planung</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>1. Die Aufwendungen in Höhe von 5.000 € für Maßnahmen der Minoritenparkplatzbebauung (Planung Fassadengestaltung/Planung eines Nutzungskonzeptes) werden gestrichen.</p> <p>2. 10.000 € werden bereitgestellt, um Möglichkeiten der räumlichen und organisatorischen Zusammenfassung von Volkshochschule und Stadtbücherei zu prüfen. Es soll geprüft werden, ob, unter welchen Rahmenbedingungen (z. B. Raumprogramm/Nutzung in den Abendstunden/Kommunales Kino/Cafe) und an welchem Standort (möglichst zentral) die kommunalen Bildungseinrichtungen (VHS, Stadtbücherei) in einem Neubau untergebracht werden könnten. In diesem Kontext ist auch zu prüfen, ob die Kultur- und Bildungseinrichtungen der Stadt organisatorisch zusammengefasst werden könnten („Anstalt öffentlichen Rechts“). Hierfür werden 10.000 € bereitgestellt.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
10.000 €
Bemerkungen
<p>Zu 1. Die Verwaltung sieht keine Notwendigkeit dieser Streichung. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.</p> <p>Zu 2. Der Rat der Stadt Kleve hat in seiner Sitzung vom 12.12.2018 beschlossen, dass die Frage nach der Zusammenlegung der VHS und der Bücherei nicht priorisiert sei und das Thema frühestens nach Abschluss der großen Schulbaumaßnahme behandelt werden könne. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.</p>

<b>Nr.: 17</b>
Produkt/ Produkte:
0901 - Städtebauliche Planung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Rettungspunkte/ Notrufnummern für Sitzbänke</i>
Antragssteller:
FDP
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, alle Sitzbänke im Stadtgebiet mit Notrufnummern zu versehen bzw. alternativ sog. Rettungspunkte aufzustellen. Damit soll bei Notfällen sichergestellt werden, dass bei Notrufen diese Nummern durchgegeben werden kann und damit eine genaue Zuordnung des Standortes erfolgen kann. Ziel ist es, unsere Stadt sicherer für alle Altersklassen, Bürger und Gäste zu machen.</p> <p>Begründung: Wir möchten Kleve sicherer machen. Dazu möchten wir alle Sitzbänke im Stadtgebiet Kleve, mit fortlaufenden (Rettungs-) Nummern ausstatten bzw. alternativ sog. Rettungspunkte ausgestattet werden. Dadurch können Rettungskräfte viel schneller zu einem Einsatz gelotet werden. In verschiedenen Kommunen im Kreis Kleve (z.B: Bedburg-Hau, Straelen, Geldern) und im Kreis Wesel (z.B. Xanten) ist ein solches Konzept erprobt. Durch diese Rettungspunkte können Rettungsdienst, Polizei und Feuerwehr den genauen Standort ermitteln. In der Regel verzögern umständliche Orts- und Umgebungsbeschreibungen eine schnelle Rettung, wenn jede Minute fehlt.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Aus ordnungsbehördlicher Sicht werden die beantragten Rettungspunkte und Notrufnummern für Sitzbänke nicht als zwingend erforderlich angesehen. Es besteht bereits die Möglichkeit für die Kreisleitestelle Kleve mittels des sog. "EmergencyEye" eine Fernzugriff auf Smartphonefunktionen (Kamera und Lokalisierung der GEO-Daten) zu schalten. Diese Funktion ist bei Smartphones möglich, wenn die mobilen Daten aktiviert sind. Da noch nicht die ganze Bevölkerung, insbesondere die ältere Generation, ein Smartphone besitzt, könnte die Funktion des sog. "EmergencyEye" mit der im o.g. Antrag vorgeschlagenen Maßnahme ergänzt werden. Die Sitzbänke müssten fortlaufend mit Notfallnummern versehen werden. Eine Liste mit den Notfallnummern und den Standorte (sog. Kataster) müsste an die Kreisleitestelle Kleve weitergeleitet werden, sodass dies entsprechend in dem System eingepflegt werden könnte. Dieses Kataster, welches durch die Verwaltung zu erstellen ist, muss stets gepflegt und auf dem aktuellsten Stand gehalten werden. Etwaige Änderungen müssten unmittelbar der Kreisleitestelle Kleve mitgeteilt werden. Die USK müsste, anhand der von der Verwaltung erstellten Liste, die Sitzbänke mit Aufklebern/ Schildern kennzeichnen. Der Aufwand ist nicht gering. Die Verwaltung sieht die Notwendigkeit derzeit nicht gegeben und schlägt vor, den Antrag abzulehnen.</p>

<b>Nr.: 18</b>
Produkt/ Produkte:
1001 - Maßnahmen der Bauaufsicht
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für die Denkmalliste</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Die Aufwendungen für die Bearbeitung der Denkmalliste werden von 1.000 € um 1.000 € auf 2.000 € erhöht. Dieser Ansatz wird bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums als Sockelbetrag festgeschrieben. In Kombination mit der ebenfalls beantragten Anhebung des Stellenanteils für den Denkmalschutz und durch die damit verbundene sukzessive Bearbeitung der Denkmalliste kann die Bearbeitungszeit verkürzt werden, sodass eine größere Anzahl von Anträgen/Vorlagen bearbeiten werden kann.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
1.000 €
Bemerkungen
Bei einem normalen Eintragungsverfahren erstellt der LVR – Amt für Denkmalpflege ein Gutachten zur Denkmalwürdigkeit. Dieses Gutachten wird auch als Eintragungstext in die Denkmalliste verwendet. Die 1.000 € dienen als Vorsorgeansatz, sollte der LVR eine andere Meinung zu einem Denkmal haben, so dass ein externer Gutachter beauftragt werden kann. Es wird davon ausgegangen, dass ein Gutachten ca. 500€ kostet und somit max. zwei Gutachten in einem Jahr erstellt werden können. Dieser Fall ist bisher noch nicht aufgetreten. Daher wird der Antrag nicht als zielführend angesehen. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 19</b>
Produkt/ Produkte:
1001 - Maßnahmen der Bauaufsicht
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Gestaltungsbeirat)</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Der Ansatz der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wird von 22.900 € um 12.000 € auf dann 34.900 € erhöht. Damit werden Mittel für die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats zur Verfügung gestellt. Die Mitglieder erhalten für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Anlehnung an Vorschläge der Architektenkammer NW für Preisrichterhonorare. Ein Gestaltungsbeirat ist ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung von Neu- und Umbauten. Seine Zusammensetzung und Besetzung legt der Rat durch Geschäftsordnung fest.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
12.000 €
Bemerkungen
Mit Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.12.2018 wurde der Antrag auf Bereitstellung von 12.000 € im städtischen Haushalt 2019 für die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates einstimmig bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Es wird daher vorgeschlagen, den Antrag erneut abzulehnen.

<b>Nr.: 20</b>
Produkt/ Produkte:
1001 - Maßnahmen der Bauaufsicht
Bezeichnung des Antrages:
<i>Förderprogramm „Jung kauft Alt - junge Leute kaufen alte Häuser“</i>
Antragssteller:
SPD
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:  Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, mit welchen Rahmenbedingungen ein Förderprogramm „Jung kauft Alt - junge Leute kaufen alte Häuser“ in Kleve umgesetzt werden kann.  Begründung:  Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum und Baugrundstücken wird in der Stadt Kleve in den nächsten Jahren verstärkt bestehen bleiben. Die Ausweisung von neuen Baugebieten wird in Zukunft jedoch schwieriger. Gerade junge Paare und Familien mit Kindern ziehen auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Nachbarkommunen. Auf der anderen Seite gibt es ältere Einwohner, denen die Pflege von Haus und Garten zur Last wird und die in eine kleinere Wohnung umziehen möchten. Mit einem Förderprogramm „Jung kauft Alt - junge Leute kaufen alte Häuser“ können diese Gruppen zusammengebracht werden. Um jungen Paaren und Familien mit Kindern die Schaffung von Wohneigentum in Kleve zu erleichtern, könnte die Stadt Kleve den Erwerb von Altbauten (Gebäude älter als 25 Jahre) fördern. In Nordrhein-Westfalen bestehen solche Förderprogramme zum Beispiel in den Gemeinden Hiddenhausen und Alpen.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
7.500 €
Bemerkungen
<p>EU-, Bundes-, oder Landesförderprogramme zur finanziellen Unterstützung der Kommunen sind nicht bekannt. Das Förderprogramm wäre aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren. Die Förderung von Gutachten "Jung kauft Alt" (Erwerb von Altbauten) wird aus Sicht der Verwaltung befürwortet. Es wird daher empfohlen, mit einem Betrag von 7.500 € zu starten. Hierbei sollten nur die Gutachten, nicht der Kauf gefördert werden. Dieser Antrag entspricht der Maßnahme aus dem beschlossenen Kommunalen Handlungskonzept Wohnen.  Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag insoweit zu entsprechen, dass städtische Mittel i.H.v. 7.500 € für ein Gutachten „Jung kauft Alt“ zur Verfügung gestellt werden.</p>



<b>Nr.: 21</b>
Produkt/ Produkte:
1001 - Maßnahmen der Bauaufsicht
Bezeichnung des Antrages:
<i>Stellenanhebung Denkmalschutz</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Die Stelle für den Bereich des Denkmalschutzes (Produkt 1001) wird dauerhaft von 0,5 FTE auf 1,0 FTE angehoben. Prüfung und etwaige Unterschutzstellung von Gebäuden, die auf der Liste des Klevischen Vereins stehen, dauern bei maximal 10 Unterschutzstellungsverfahren (siehe: Grunddaten) pro Jahr viele Jahre. Diese Zeitspanne kann Unklarheiten bei Gebäudebesitzern und Bauwilligen hervorrufen. Die schnellere Bearbeitung der Liste könnte auch Klagen gegen Unterschutzstellung vorbeugen.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
Die Denkmalliste ist mit 0,5 Stellen im Stellenplan enthalten. Durch die vorgesehene Einrichtung einer zusätzlichen weiteren Stelle im Bereich der Bauordnung im Stellenplan 2020 werden die Aufgaben des Denkmalschutzes auf einer Stelle konzentriert. Insoweit hat sich der Antrag durch die Ergänzungsdrucksache 1226a./X. erledigt.

<b>Nr.: 22</b>
Produkt/ Produkte:
1001 - Maßnahmen der Bauaufsicht
Bezeichnung des Antrages:
<i>Zuschuss Denkmalschutz</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Die Zuschüsse an Dritte im Rahmen des Denkmalschutzes werden von derzeit 10.000 € um 5.000 € auf 15.000 € erhöht. Dieser Haushaltsansatz wird der Finanzplanung bis 2023 als Sockelbetrag zugrunde gelegt. Höhere Mittel für Zuschüsse im Rahmen der Denkmalpflege entsprechen der ebenfalls beantragten dauerhaften Stellenanhebung und der Verdopplung der Mittel für die Bearbeitung der Denkmalliste.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
5.000 €
Bemerkungen
In 2020 soll zunächst die Förderrichtliniensatzung erstellt werden. Insbesondere sollen hier Fristen und Fördersummen definiert werden. Dies soll auch dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden. Erst danach können Förderanträge bearbeitet werden. Eine Abrufung der gesamten Fördermittel in 2020 wird als unrealistisch angesehen, daher wäre eine Erhöhung auf 15.000 € erst in 2021 sinnvoll. So können auch Erfahrungen aus 2020 in die Haushaltsanmeldung 2021 fließen. Für das Jahr 2019 sind bislang noch keine Mittel für Zuschüsse an Dritte im Rahmen des Denkmalschutzes abgerufen worden Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 23</b>
Produkt/ Produkte:
1201 – Straßen, Unterhaltung und öffentliche Verkehrsflächen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Anpassen der Grunddaten für den Radwegeausbau</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Die Grunddaten für den Radwegeausbau werden von 1.500 Meter um 1.200 Meter auf 2.700 Meter erhöht und damit dem IST des Haushaltsjahres 2018 angepasst. Mit dem Haushaltsentwurf hat die Stadt erfreulicherweise damit begonnen, die von ihr mit dem Haushalt 2019 eingeleitete Leistungsverkürzung beim Radwegeausbau wenigstens teilweise zurückzunehmen. Im Landtag haben CDU und FDP ein Fahrradgesetz angekündigt, mit dem unter anderem eine Verdreifachung des Radverkehrs angestrebt wird. In Kleve hat der Haupt- und Finanzausschuss zum Haushalt 2019 einstimmig beschlossen, die Beschleunigung der Umsetzung von Radverkehrsmaßnahmen zu prüfen. Nun müssen auch konkrete Schritte folgen. Mit zusätzlichen und besser ausgebauten Radwegen und hochwertigen Fahrrad-Parkmöglichkeiten wird es auch in Kleve immer weniger Gründe geben, sich mit dem Auto in den allmorgendlichen Stau zu stellen.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
Sowohl die HH-Ansätze für das Radverkehrskonzept als auch die separat angemeldeten Planungsmittel (Radweg Griethausen, Spyckscher Baum, Griethausen) beinhalten eine Förderung des Radverkehrs in Kleve. Darüber hinaus soll auch im Mobilitätsentwicklungskonzept dieses Thema eruiert werden. Eine weitere Mittelerhöhung ist daher nicht erforderlich. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 24</b>
Produkt/ Produkte:
1201 – Straßen, Unterhaltung und öffentliche Verkehrsflächen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Beleuchtung Straße Buchholz/Marienschule</i>
Antragssteller:
CDU
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, im Bereich der Straße Buchholz in Reichswalde sowie im Bereich der Marienschule (Parkplatz) in Materborn eine bessere Ausleuchtung durch zusätzliche Laternen sicherzustellen.</p> <p>Begründung  Die im Antrag erwähnten Bereiche sind insbesondere durch Kinder des Kindergartens Kleeblatt sowie Besucher des Lehrschwimmbeckens der Marienschule - auch in den Abendstunden und zur Winterzeit – gut frequentiert. Hier ist die vorhandene Beleuchtung nicht ausreichend, so dass zur Verbesserung der Sicherheit die zusätzliche Installation von Beleuchtungseinrichtungen notwendig ist.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
Die Situation der Beleuchtung muss zunächst geprüft werden. Im Anschluss kann gegebenenfalls über weitere Maßnahmen entschieden werden. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag zu prüfen und anschließend zu berichten.

<b>Nr.: 25</b>
Produkt/ Produkte:
1201 – Straßen, Unterhaltung und öffentliche Verkehrsflächen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Einsatz von „True Amber LEDs</i>
Antragssteller:
Unabhängige Klever
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, dass beim weiteren Ausbau und Austausch von LEDs nur noch sogenannte „True Amber LED“ Verwendung finden.</p> <p>Die Straßenbeleuchtung und andere Lichtquellen in Kleve werden sukzessive auf LED Technologie umgestellt. Dies ist energetisch vorbildlich und sollte weiter forciert werden. Oft verwendete LEDs verwenden jedoch weißes Licht mit einem hohen Blaulichtanteil, durch den viele Insektenarten in ihrem natürlichen Verhalten gestört werden. Angelockt vor allem von Lichtquellen mit blauen Lichtanteilen umschwärmen die Tiere die Straßenbeleuchtung und andere Lichtquellen bis zur völligen Erschöpfung. Da „die Hälfte aller Insektenarten nachtaktiv ist“, ist die Problematik nicht unerheblich. Sogenannte „True Amber LEDs“ verzichten auf den Insekten irritierenden Blaulichtanteil. Der Faktor Licht auf das Insektensterben kann durch den Ansatz von „True Amber LEDs“ somit deutlich reduziert werden.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Grundsätzlich ist bei Beleuchtung insbesondere im öffentlichen Raum darauf zu achten möglichst effiziente Beleuchtung einzusetzen. Eine Umrüstung auf LEDs ist daher erstrebenswert und soll sukzessive erfolgen. Dazu sind jedoch noch nicht in allen Bereichen die technischen Voraussetzungen erfüllt, so dass ein flächendeckender Umstieg auf LEDs noch nicht möglich ist. Aktuell wird für den Bereich der Klever Innenstadt ein Beleuchtungskonzept erstellt. Neben Themen der Gestaltung, Sicherheit, Energieeffizienz ist auch der Aspekt einer insektenfreundlichen Beleuchtung diesbezüglich abzuarbeiten. Der Einsatz von True Amber LEDs würde den Umgang mit Beleuchtung stark einschränken und unter Abwägung aller Belange nicht immer die beste Lösung sein. Zudem ändert sich die Technik beständig und sehr schnell, so dass ggf. bald andere Lösungen besser geeignet sind. LEDs sind grundsätzlich insektenfreundlich, da durch sie kein UV-Licht freigesetzt wird, auf das nachtaktive Insekten besonders reagieren. LEDs gibt es in einer Vielzahl verschiedener Farben und Varianten, wobei warmweißes Licht besonders insektenfreundlich ist. Der Aspekt einer insektenfreundlichen Beleuchtung wird bei dem Konzept mitgedacht, aber neben der Farbe der Beleuchtung werden auch andere Aspekte wie z. B. eine bessere Abschirmung des Lichtes, eine Veränderung der Lichtpunkthöhen und eine zielgerichtetere Ausleuchtung mit geringeren Streulichtanteil in die Planungen mit einbezogen. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.</p>

<b>Nr.: 26</b>
Produkt/ Produkte:
1201 – Straßen, Unterhaltung und öffentliche Verkehrsflächen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Einstellung des Bauvorhabens Bresserbergstraße</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Der Haushaltsansatz für das Bauvorhaben 7000298 (Bresserbergstraße) in Höhe von 66.000 EU wird gestrichen. Die Planung wird eingestellt.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
Der Antrag enthält keine Begründung für die Einstellung des BVH und ist auf dieser Grundlage nicht nachvollziehbar. Die Maßnahme dient der erstmaligen Erschließung (Kanal und Straße). Der entsprechende Bebauungsplan wird erst Ende 2020 fertiggestellt. Derzeit werden Gutachten zum Artenschutz und Lärm erstellt. Eine Umsetzung der Maßnahme ist dann eher in 2021 realistisch. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 27</b>
Produkt/ Produkte:
1201 – Straßen, Unterhaltung und öffentliche Verkehrsflächen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Sperrvermerk für das Mobilitätskonzept</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Die Planungskosten in Höhe von 80.000 € für ein Mobilitätskonzept werden mit einem Sperrvermerk zugunsten des Rates versehen. Die Eckdaten und Ziele eines Mobilitätskonzepts sollen federführend vom Rat erarbeitet werden, unter Einbindung der Fachausschüsse und unter aktiver Beteiligung der Öffentlichkeit. Um diese Beratungsfolge zu sichern, ist ein Sperrvermerk erforderlich.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
Die Haushaltsmittel für das Mobilitätsentwicklungskonzept beinhalten auch Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit. Selbstverständlich werden auch die politischen Gremien entsprechend eingebunden. Allerdings sind die Mittel für die Vergabe, die im ersten Halbjahr 2020 erfolgen soll, unerlässlich. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 28</b>
Produkt/ Produkte:
1201 – Straßen, Unterhaltung und öffentliche Verkehrsflächen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Verkehrsberuhigung Friedrich-Ebert-Ring</i>
Antragssteller:
CDU
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, die Verwaltung möge prüfen, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der bereits bestehenden Tempo-30-Zone auf dem Friedrich-Ebert-Ring eingehalten wird.</p> <p>Begründung:  Bei dem Friedrich-Ebert-Ring handelt es sich um eine gut ausgebaute, breite Straße, die dazu verleitet, die zulässige Geschwindigkeit zu überschreiten. Es kommt hier zu Gefährdungen gerade von Kindern, da in der unmittelbaren Nähe zwei Kindergärten vorhanden sind und die Straße auch als Schulweg insbesondere zur Karl-Leisner-Schule genutzt wird.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Die Verkehrsbelastung sollte zunächst überprüft werden. Die Verwaltung könnte zudem die Polizei und den Landrat Kleve bitten, Geschwindigkeitsüberwachungen durchzuführen. Anhand dieser Grundlagen wäre dann zu entscheiden, ob - und wenn ja - welche baulichen Maßnahmen getroffen werden können. Als Beruhigungsmaßnahmen wären flankierende bauliche Maßnahmen möglich. Die Verschaltung schlägt vor, die Verkehrsbelastung am Friedrich-Ebert-Ring zu prüfen und Geschwindigkeitsüberwachungen zu veranlassen. Im Anschluss wird über die Ergebnisse berichtet.</p>



<b>Nr.: 29</b>
Produkt/ Produkte:
1201 – Straßen, Unterhaltung und öffentliche Verkehrsflächen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Verkehrsberuhigung Spyckscher Baum</i>
Antragssteller:
CDU
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, die Verwaltung möge prüfen, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, eine Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten auf der Straße Spyckscher Baum zu erreichen.</p> <p>Begründung:  Die Straße Spyckscher Baum wird zunehmend auch von Durchgangsverkehr genutzt. Häufig kommt es zu Geschwindigkeitsüberschreitungen, die auch eine Gefährdung von Radfahrern zur Folge haben.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Die Verkehrsbelastung sollte zunächst überprüft werden. Hier sollte mit den beteiligten Stellen eine Ortsbesichtigung durchgeführt werden, um festzustellen, ob Maßnahmen zweckmäßig und erforderlich sind. Die Verwaltung schlägt vor, dementsprechend beauftragt zu werden und im Anschluss zu berichten.</p>

<b>Nr.: 30</b>
Produkt/ Produkte:
1201 – Straßen, Unterhaltung und öffentliche Verkehrsflächen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Verkehrssicherheit Hammscher Weg</i>
Antragssteller:
CDU
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, die Verwaltung möge prüfen, durch welche Maßnahmen eine Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Straße Hammscher Weg in Kellen erreicht werden kann.</p> <p>Begründung:  Die Straße Hammscher Weg in Kellen ist gerade im Bereich zwischen der Siedlungsbebauung und dem angrenzenden Gewerbegebiet nicht gut ausgebaut. Die Straße ist schmal, verfügt nicht über Gehwege und Beleuchtung. Die Straße wird zunehmend stark frequentiert, unter anderem auch durch Schwerlastverkehr des Durchgangsverkehrs. Hier soll durch geeignete Maßnahmen eine Verbesserung erreicht werden.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Die Verkehrsbelastung sollte zunächst überprüft werden. Auf dieser Grundlage ist dann zu entscheiden, ob - und wenn ja - welche baulichen Maßnahmen getroffen werden können. Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag zu entsprechen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag zu prüfen und im Anschluss zu berichten.</p>

<b>Nr.: 31</b>
Produkt/ Produkte:
1303 – Natur- und Landschaftspflege
Bezeichnung des Antrages:
Mehr Reichswald, Ketelwald und Mookerheide: Natur und Naherholung für uns und unsere Gäste
Antragssteller:
CDU und Bündnis 90 / Die Grünen
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Für Fußgänger, Jogger, spielende Kinder, Tourenradfahrer, Mountainbiker, Reiter, Naturliebhaber, Touristen und Einheimische könnte der Reichswald, die Mookerheide und der Ketelwald der Platz sein, um nach der Arbeit, nach der Schule oder am Wochenende Freizeit zu verbringen. Arbeitnehmer könnten gerne am vielfältigen Niederrhein an deutscher oder niederländischer Seite wohnen wollen; dort wo Reichswald, Ketelwald und Mookerheide einen hohen Freizeitwert haben. Übernachtungen und Gastronomie könnten den kommunalen Haushalten einen konstanten Geldfluss beschere. Ein gut genutzter Wald ist ein Standort- und Wirtschaftsfaktor. Daten aus dem Kreis Kleve lassen den Schluss zu, dass der wirtschaftliche Schatz ‚Reichswald‘ nicht gehoben wird. Ein gut genutzter Wald muss aber auch schön sein und ursprüngliche Natur bieten, die den vielfältigen Besuchern so viel wie möglich über Wege erschlossen und zugänglich ist. In Zeiten des Klimawandels leistet der Wald einen Anteil als CO2-Speicher und als Temperaturpuffer; insbesondere kann dies ein naturnaher Wald. Mit dem Projekt kann ein Beitrag geleistet werden zu den folgenden Zielen für nachhaltige Entwicklung: Gesundheit, sauberes Wasser, Nachhaltiger Konsum, Klimaschutz, Leben auf dem Land. Das Ziel des Projektvorschlags ist, den Erholungswert, den Naturzustand, die Klimaschutzfunktion und den wirtschaftlichen Wert für die Umgebung des Reichswalds/Ketelwald und Mookerheide zu erhöhen. Mit einem Gutachten sollen Chancen ausgelotet und erste konkrete Vorschläge erarbeitet werden. Die Stadt Kleve, die Gemeinden Kranenburg, Berg en Dal und Gennep, Wald und Holz, Staatsbosbeheer und Natuurmonumenten tragen je € 5.000 € zum ersten Gutachten bei (zusammen 50%); die restlichen 50% Projektmittel können vermutlich als Fördermittel (Interreg Programm/ Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ELER) akquiriert werden. Totaler voraussichtlicher Kostenansatz € 70.000 € excl. MwSt. und Eigenleistungen der Projektpartner.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
5.000 €
Bemerkungen
<p>Grundsätzlich ist der Antrag zu begrüßen. Insbesondere weil derzeit ein Dorfontwicklungskonzept für den Ortsteil Reichswalde aufgestellt wird. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass ein großer Teil des Reichswaldes nicht in städtischen Besitz ist. Bei so einem Konzept müssen auch die Auflagen durch den Natur-, Klima- und Artenschutz streng beachtet werden. Ob die Maßnahmen deshalb umgesetzt werden können, kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden. Da die Maßnahmen größtenteils touristische Maßnahmen sind, sollte sowohl die WTM beteiligt werden als auch die aufgeführten Dritten.</p>

Für das Projekt kommen folgende Förderprogramme in Betracht:

- Euregio - Interreg
- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) - Sparte Tourismus
- Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag zu prüfen und zu berichten.

<b>Nr.: 32</b>		
Produkt/ Produkte:		
1401 - Umweltschutzmaßnahmen		
Bezeichnung des Antrages:		
<i>Aufwendungen für den Klimaschutz</i>		
Antragssteller:		
Ratsmitglied Frau Fuchs		
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:		
<p>Die Aufwendungen für den Klimaschutz der Stadt werden von 50.000 € um 50.000 € auf 100.000 € erhöht. Der Sperrvermerk zugunsten des Rates bleibt bestehen. Für Umweltschutzmaßnahmen sind im Haushalt lediglich 249.000 € vorgesehen; davon werden bereits 85.000 € für Personalausgaben verbraucht. Aus eigenen Mitteln finanziert Kleve Maßnahmen für den Umweltschutz mit 152.000 €. Pro Einwohner investiert die Stadt im Jahr 2,83 € in den Umweltschutz, aber 23,41 € in Planung und Neubau von öffentlichen Verkehrsflächen. Der von der Stadtverwaltung für aktive Klimaschutzmaßnahmen veranschlagte Betrag von 50.000 € entspricht den Planungskosten einer Tartanbahn und wird dem in Kleve aufgerufenen „Klimanotstand“ nicht gerecht. Die Aufwendungen sollten mindestens verdoppelt werden.</p>		
a) Ansatz/ b) Teilansatz		
50.000 €		
Bemerkungen		
Im städtischen Etat 2020 sind nachfolgende Maßnahmen des Klimaschutzes berücksichtigt:		
Konsumtiv:		
<b>Bezeichnung Kostenart</b>	<b>Ansatz 2020</b>	<b>Bemerkungen</b>
Zuschuss Gelderse Poort	5.500,00 €	Zuschuss
Zuschuss ÖPNV	140.000,00 €	Aufwendungen für Citybus
Aufwand für Projekte	115.000,00 €	Gesamtstadt Grünkonzept 50.000€, Dorferneuerung Reichswalde 15.000€ Stadtentwicklungskonzept 150.000 €
Maßnahmen zur Behebung von Baumschäden u.a.	80.000,00 €	Es treten immer wieder Schäden an Dritten durch städtische Bäume auf. Die Schäden, z.B. Zufahrten oder Zäune müssen ausgebessert werden und mit Sicherungsmaßnahmen versehen werden (Wurzelschäden 30.000 €). Zzgl. 50.000 € für Schäden an städt. Bäumen aus der Trockenperiode Sommer 2018 und Frühjahr 2019 ab.
Ausgleichsmaßnahme für erhaltenswerte Bäume	10.000,00 €	Die Baumschutzsatzung schützt nur bestimmte Bäume. Bäume im Außenbereich werden z.B. grundsätzlich nicht geschützt. Hier sollen Maßnahmen durchgeführt werden, so dass diese erhaltenswerten, aber nicht geschützten Bäume gepflegt und so länger erhalten bleiben können.
Ausgleichsmaßnahme für Baumgutachten	12.500,00 €	Städtische Bäume, insbesondere Straßenbäume müssen immer mal wieder durch externe Gutachtern auf ihre Standsicherheit geprüft werden.

Aufwand für Insektenhotel	5.000,00 €	
Aufwand für Insektenfreundliches Kleve	15.000,00 €	Mittel zur sukzessiven Umsetzung des Konzepts insektenfreundliche Stadt
Zuschuss Radverkehrskonzept (neu)	45.500,00 €	Fördermaßnahmen aus FöRiNah (AGFS, Öffentlichkeitsarbeit, Modal Split)
Zuschuss Klimaschutzmanager (neu)	51.000,00 €	Gehalt und Aufwendungen für Klimaschutz
Aufwendungen für Klimaschutzmanager	10.000,00 €	Der Rat der Stadt Kleve hat beschlossen einen Klimaschutzmanager einzustellen. Der Manager soll am Beginn ein Solardachkataster, mit der Möglichkeit der auch der Gründachnutzung erstellen. Diese Stelle wird durch Bundesmitteln gefördert. Vorher 09.01
Maßnahmen für Klimaschutz (neu)	10.000,00 €	Der Klimaschutzmanager muss in dieser Zeit verschiedene Maßnahmen umsetzen und den Erfolg durch eine Überprüfung der CO2- Bilanz nachweisen. Zusätzlich sollen die ersten Netzwerke geschaffen sowie Öffentlichkeitsarbeit bearbeitet werden. Ebenso sollen verschiedene weitere Maßnahmen durchgeführt werden. Die Maßnahmen wurden in der Fortschreibung des Klimaschutzfahrplans festgehalten und vom Rat beschlossen. Weitere Beispiele für Maßnahmen sind: - Förderung einer klimafreundlichen Beschaffung in der Verwaltung. - Errichtung von Bürgerenergieanlagen - Schaffung ortsnaher Versorgungsstrukturen
Klimaschutzmaßnahmen Stadt Kleve	50.000,00 €	mit Sperrvermerk
Aufwendungen für Radwegekonzept (neu)	92.000,00 €	Planung von Mobilstationen, Umplanung von LSA, Prüfung Knotenpunkten, Öffentlichkeitsarbeit, Stadtradeln (Sperrvermerk über 45.500 €)

#### Investiv:

Projektbezeichnung	Ansatz 2020	Begründung
Erwerb von Ökopunkten	50.000,00 €	Zum Zweck des kontinuierlichen Aufbaus des Ökokontos
Umsetzung Radwegekonzept - Fahrrad Abstellplätze ---> HAR	20.000,00 €	HAR + 20.000 € f. Fahrradbügel (Opschlag, Stadthalle, etc.)
BVH Beschilderung Fußgängerzone, Radwegvorfahrt	30.000,00 €	Kostenschätzung von FB 61, Fortschreibung Klimaschutzfahrplan
BVH Fahrradstellplätze "Dein Radschloss"	49.000,00 €	Anteil 2020, Kostenschätzung von FB 61, Fortschreibung Klimaschutzfahrplan
Zuschuss VRR-Förderung	- 47.000,00 €	Zuschuss "Dein Radschloss"
Ausgleichsmaßnahme Herrichtung Obstbaumwiese Münze	160.000,00 €	Umsetzung einer Rekonstruktion einer Obstwiese auf der Fläche des ehem. Kinderheim Münze. Die Maßnahme wurde 2019 begonnen und soll 2020 weitergeführt werden.
Ausgleichsmaßnahmen Feuerwehrgerätehaus Rindern, Ausgleichsfläche	25.000,00 €	Ausgleichsmaßnahmen am Feuerwehrgerätehaus Rindern nach der Umsetzung des Vorhabens Neubau Feuerwehrgerätehaus Düffelward. Darüber hinaus Kosten für Pflegegänge

Im Etat 2020 des Gebäudemanagements der Stadt Kleve sind nachfolgende Maßnahmen des Klimaschutzes berücksichtigt:

Bezeichnung Kostenart	Kosten Gesamtmaßnahme inkl. VE	Bemerkungen
Neubau (Ersatzbau) Gerätehaus Griethausen	975.000,00 €	Neubau auf Grund des BSP; Neubau auf Grundlage der neuen energetischen Standarts
Sanierung der Bestandturnhalle GS An den Linden;	2.392.400,00 €	Kostenansatz inkl. Bewegungshalle und Außenanlagen; Auch energetische Sanierung der Turnhalle

Montessorieschule Neu- und Umbau	6.050.000,00 €	Gesamtkostenansatz; Sanierung des Bestandsgebäude (energetisch)
Johanna-Sebus-Grundschule	180.000,00 €	energetische Sanierung des Pavillions
Marinschule; Sanierung der Fassade der Turnhalle	275.000,00 €	energetische Sanierung des Turnhalle
Neubau (Ersatzbau) KAG	45.000.000,00 €	Ersatzbau für das bestehenden KAG auf Grundlage der aktuellen energetischen Standarts
Freiherr-vom-Stein-Gymnasium	3.210.000,00 €	Sanierung des Fr.v. Stein Gymnasium (im Wesentlichen energetisch)
JSB Gesamtschule	20.400.000,00 €	Ersatzbau sowie Sanierung auf Grundlage aktueller energetischer Standarts
Umbau Braustraße 55	170.000,00 €	Umbau der Braustraße 55; TW auch energetische Sanierung (Austausch Fenster)

Im Etat 2020 der Umweltbetriebe der Stadt Kleve AöR sind nachfolgende Maßnahmen des Klimaschutzes berücksichtigt:

#### Erfolgsplan:

Betriebsbereich	Ansatz 2020	Maßnahme
460 - Spielplätze	1.500,00 €	Nachpflanzungen und Umgestaltungen
580 – Park und Gartenanlagen	10.000,00 €	Nachpflanzungen
	25.000,00 €	Bienenfreundliche Wildblumen
630 - Straßenunterhaltung	100.000,00 €	Bewirtschaftungskonzept Straßenbäume
	20.000,00 €	Zusätzliche Ersatzpflanzungen

Die Durchführung und Fortsetzung des Konzeptes Insektenfreundliche Stadt ist als Klimaschutzmaßnahme zu verstehen. In diesem Zusammenhang und im Zusammenhang mit Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln ist die Bereitstellung von 11 Arbeitsplätzen nach § 16 i SGB II ebenfalls als Klimaschutzmaßnahme anzusehen. Auf dem Wertstoffhof wird ab 2020 ein Container für die Sammlung von Hartkunststoffen (Kisten, Mülltonnen, Gartenmöbel, Kübel, Gießkannen, Rohre, Fensterrahmen (ohne Glas) und Kunststoffrollläden) bereitgestellt. Die so gesammelten Kunststoffe können bei der Herstellung von neuen Kunststoffen verwendet werden. Bisher werden diese Kunststoffe im Rahmen der Rest- und/oder Sperrmüllsammlung der Verbrennung zugeführt.

#### Vermögensplan:

Betriebsbereich	Ansatz 2020	Maßnahme
701 - Klärwerk	6.222.000,00 €	Bau einer innovativen Thermokompaktanlage Gesamtkosten: 18.495.000,00 €

Für 2020 sind mit einem Volumen von ca. 800.000 EUR Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge (Transporter, Müllfahrzeuge, Radlader, Gabelstapler, Trägerfahrzeuge, Kehrmaschinen, Großflächenmäher, etc.) geplant. Bei jeder Anschaffung wird geprüft, welche Antriebsart (Benzin, Diesel, Gas, Elektro) erforderlich und wirtschaftlich ist. Auch bei den kleineren Werkzeugen und Maschinen wie z.B. Heckenscheren, Laubbläser, Bohrmaschinen wird die Neu- und Ersatzbeschaffung unter Klimaschutzaspekten vorgenommen. Im Beschaffungsprozess wird geprüft, ob unter Beachtung der Anforderung an die Maschinen und die Aufgabenerledigung z.B. ein Akkubetriebenes Gerät verwendet werden kann. Unabhängig vom Klimaschutz – Vermeidung von Abgasen - verursachen Akku-betriebene Geräte für den Bediener und das Umfeld weniger Lärm.

Aus den vorstehenden Maßnahmen der Stadt Kleve, des GSK und der USK wird deutlich, dass die Verwaltung für den Klimaschutz ausreichende und zukunftsorientierte Mittel zur Verfügung stellt. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 33</b>
Produkt/ Produkte:
1401 - Umweltschutzmaßnahmen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufwendungen für das Radwegekonzept</i>
Antragssteller:
Ratsmitglied Frau Fuchs
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Der Betrag für Aufwendungen des Radwegekonzepts wird von 92.000 € um 73.000 € auf 165.000 € erhöht. Der Sperrvermerk zugunsten des Rates bleibt bestehen. Die Stadt erhält einen Zuschuss für ein Radverkehrskonzept in Höhe von 45.000 €. Für daraus abgeleitete bzw. noch abzuleitende Maßnahmen sind mehr Finanzmittel bereitzustellen für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die beschleunigte Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen</li> <li>- Maßnahmen zur Realisierung des vom Verkehrsausschuss des Landtags bereits einstimmig befürworteten Ziels der Verdreifachung des Radverkehrs, das in einem Fahrradgesetz festgeschrieben wird.</li> <li>- die Anpassung der Grunddaten für den Radwegeausbau (mindestens) an das IST des Jahres 2018</li> </ul>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
73.000 €
Bemerkungen
Eine Erhöhung ist aus Sicht der Verwaltung nicht sinnvoll. Die geplanten Maßnahmen für 2020 sind mit den betroffenen Fachbereichen abgestimmt und die personelle Kapazität ist ausgelastet. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.



<b>Nr.: 34</b>
Produkt/ Produkte:
1401 - Umweltschutzmaßnahmen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Aufnahme Klever E-Ladesäulen in weitere Abrechnungsverbundsysteme</i>
Antragssteller:
Unabhängige Klever
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, durch die Stadtwerke Kleve zu prüfen zu lassen, ob es möglich ist alle Klever Ladesäulen in weitere Abrechnungsverbundsysteme aufzunehmen und welche Kosten hierfür für Stadtwerke und/oder Stadt Kleve entstehen.</p> <p>Begründung:  Die Abrechnung an E-Ladesäulen ist eines der Hauptprobleme der jetzigen E-Mobilität. Um möglichst vielen Nutzern das Laden an den Klever E-Ladesäulen zu ermöglichen, soll geprüft werden, ob die Aufnahme in weitere Abrechnungssysteme wie bspw. Shell Recharge, GetCharge oder Chargemap möglich sind.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Darstellung der aktuellen Situation:</p> <p>1.1. Abrechnungsverbundsystem Ladenetz  Die Ladesäulen der Stadtwerke Kleve sind Teil des Verbundes Ladenetz. Dem Verbund Ladenetz gehören mit Stand vom 20.11.2019 207 Stadtwerke- und 15 Businesspartner an. Allen Kunden der Verbundpartner ist es möglich, die Ladestationen der Stadtwerke Kleve mit der jeweiligen Kundenkarte zu nutzen.</p> <p>1.2. Ergänzung durch weitere Verbundsysteme (Roaming-System)  Zwischen Ladenetz und weiteren Partnern bestehen sogenannte Roamingverträge, die es auch deren Kunden ermöglichen, ihr Fahrzeug mit der jeweiligen Kundenkarte an den Ladestationen der Stadtwerke Kleve aufzuladen. Diese Partner sind mit Stand vom 15.10.2019 u.a. Shell Recharge (ehem. NewMotion), Telekom Deutschland/GetCharge (ComfortCharge), BMW/Daimler/ChargeNow (Digital Charging Solutions), Volkswagen/Audi, Porsche Connect, Allego, EnBW, EWE, Maingau Energie, Vattenfall, Bosch, DKV, eeMobility, GP JOULE, Smatrics, Trafineo, Wirelane GmbH sowie auf europäischer Ebene E-Flux, Greenflux, Vandebron und ServiceHouse.</p> <p>Zum Zeitpunkt des Beitritts zum Ladenetz gehörten dem Verbund und den Roamingpartnern rund 62% aller deutschen Ladepunkte an. Ladenetz erweitert seinen Verbund und seine Kooperationen mit weiteren Roamingpartnern kontinuierlich, um auch deren Kunden das Laden an den Ladestationen der Stadtwerke Kleve zu ermöglichen.</p>

### 1.3. Uneingeschränkte Lademöglichkeit durch Ad-Hoc-Ladung

Weiterhin besteht für alle Nutzer die Möglichkeit der Ad-Hoc-Ladung ohne Kundenkarte zur Verfügung. Diese Möglichkeit ist gemäß Ladesäulenverordnung für öffentliche Ladesäulen vorgeschrieben, damit jedem Nutzer uneingeschränkt die Möglichkeit zum Laden an öffentlichen Ladesäulen gegeben wird.

### 2. Bewertung

Durch die ergänzende Möglichkeit der Ad-Hoc-Ladung sind die Ladesäulen der Stadtwerke Kleve uneingeschränkt durch Alle nutzbar. Auf Grund des bestehenden Roaming-Systems ist bereits eine große Anzahl von Abrechnungsverbundsystemen eingebunden. Hierzu gehören auch die zwei in der Anfrage aufgeführten Anbieter Shell Recharge und GetCharge. Zudem werden durch Ladenetz kontinuierlich weitere Partner aufgenommen. Vor dem Hintergrund, dass die Stadtwerke Kleve bereits durch die Kooperation mit Ladenetz weitere Abrechnungspartner in den Verbund aufnimmt, wird die Zielsetzung der Anfrage bereits erfüllt.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 35</b>
Produkt/ Produkte:
1401 - Umweltschutzmaßnahmen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Biologisch abbaubare Hundekotbeutel</i>
Antragssteller:
FDP
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Die Verwaltung wird mit der Umstellung der hiesigen Hundekotbeutel-Spenderstationen beauftragt. Statt der herkömmlichen Plastiktüten sollen dort nur noch biologisch abbaubare und umweltfreundliche Kotbeutel zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Begründung:  Vielerorts stechen Klever Passanten eine Vielzahl von achtlos in die Umwelt geworfener Hundekotbeutel in die Augen. Es gibt kaum eine Plastiktüte, die eine derart geringe Verwendungsdauer hat. Werden diese allerdings unsachgemäß entsorgt, dauert es Jahrhunderte, bis sie sich vollständig zersetzen. Allerdings gibt es sehr viel ökologischere Alternativen zu den konventionellen Beuteln. So können diese beispielsweise auf Grundlage von Maisstärke und somit plastikfrei produziert werden.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Die Anschaffung der sogenannten Öko-Kotbeutel wurde geprüft. Tatsächlich besteht der Großteil der Hundekotbeutel aus reinem Plastik, so auch bisher in Kleve (jährliche Kosten ca. 5.600 €). Es gibt Alternativen zu Plastikbeuteln. Und zwar Hundekotbeutel, die biologisch fast vollständig abbaubar sind (nicht zu 100%! ). Diese Beutel werden aus Mais, Zuckerrübe oder Kartoffeln hergestellt. Diese sogenannten Öko-Kotbeutel mitsamt Inhalt dürfen jedoch nicht in der Biotonne entsorgt werden. Auch biologisch abbaubare Kotbeutel müssen im Restmüll entsorgt werden. Diese Beutel kosten in der Anschaffung 100% mehr als die bisher genutzten Beutel. Die Beutelspender im Stadtgebiet könnten weiter benutzt werden. Eine Umrüstung wäre nicht erforderlich. Mittlerweile werden Hundekotbeutel aus Papier angeboten. Allerdings sind diese sehr teuer und auch nicht so praktisch wie herkömmliche Beutel. Doch selbst wenn man sich für diese umweltfreundlichen Kotbeutel entscheiden würde, gehören diese ebenfalls in den Restmüll. Eine Umstellung auf Papierbeutel ist mit einem größeren Aufwand verbunden. Sämtliche Beutelspender müssten ausgetauscht werden, der Vorrat im Spender ist um ein Vielfaches geringer und die Beschaffungskosten der Kotbeutel rd. 40x(!) höher. Auch das Volumen der daraus resultierenden Abfallmenge ist nicht unwesentlich größer. Aufgrund des Wertes der Tüten ist mit einer verstärkten Entnahme, auch zu anderen Zwecken, zu rechnen. Der ökologische Nutzen hielte sich in Grenzen. Sämtlicher Müll in den städtischen Mülleimern gilt als Restmüll und wird letztendlich in Müllverbrennungsanlagen thermisch entsorgt. Eine Trennung ist nicht möglich. Es wird zudem darauf hinweisen, dass diese Leistung der Stadt Kleve eine freiwillige Leistung ist. Hundehalter sollten nicht grundsätzlich aus der</p>

Eigenverantwortung entlassen werden. Allerdings ist auch von wesentlicher Bedeutung, dass eine nicht ordnungsgemäße Entsorgung von Hundekotbeuteln aus Plastik in der freien Natur zu einer Schädigung der Umwelt führt, insbesondere durch den langwierigen Zersetzungsprozess des Plastiks. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, den Antrag weiterhin zu prüfen und im Anschluss zu berichten.

<b>Nr.: 36</b>
Produkt/ Produkte:
1401 - Umweltschutzmaßnahmen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Destination Charging für Klever Industriegebiete</i>
Antragssteller:
Unabhängige Klever
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Es wird beantragt, der Rat möge beschließen, die Stadtwerke Kleve damit zu beauftragen ein Konzept für ein sogenanntes „Destination Charging“ für die Wirtschaft auszuarbeiten bzw. ausarbeiten zu lassen.</p> <p>Begründung:  Die Bedeutung und der Anteil von E-Fahrzeugen steigen stetig. Diesen Trend will u.a. die Bundesregierung durch verschiedene Maßnahmen unterstützen. Für Firmen, speziell Fuhrparkmanager, stellt sich immer häufiger die Frage, ob reine E-Fahrzeuge oder sogenannte Plug-In Hybride Teil des Fuhrparks werden sollen. Negativ für Geschäftsleute ist die Tatsache, dass vor Ort während eines Geschäftstermins keine Lademöglichkeiten bereit stehen. Durch diese Situation sind Reisende gezwungen, an dem nächst gelegenen Schnellladern einer Autobahnraststätte zu warten. Dies kostet Zeit, die besser für einen Firmenbesuch genutzt werden könnte. Kumuliert auf ein Jahr rentieren sich E-Fahrzeuge aufgrund der langen Standzeiten an Autobahnraststätten aktuell nicht. Eine Lösung für solche Fälle bietet ein Lösungsansatz, der als „Destination Charging“ bezeichnet wird. Dadurch werden Möglichkeiten zum Nachladen während eines Geschäftstermins geschaffen, so dass unproduktive Ladepausen entfallen. Die Stadtwerke, die bereits Ladestationen betreiben, an denen sie Strom verkaufen, sollen als Beitrag zur Klever Wirtschaftsförderung ein Konzept für die Klever Industriegebiete erarbeiten, um Vor-Ort-Laden zu ermöglichen.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Destination Charging wird derzeit beispielsweise als Teil von Vertriebskonzepten der Automobilhersteller Tesla und Porsche angeboten. Bei den Stadtwerken Kleve hingegen steht aktuell beim Ausbau der Ladeinfrastruktur nicht der Betrieb im Rahmen eines Geschäftsmodells, sondern die Förderung der Elektromobilität im Vordergrund. Derzeit stellen die Stadtwerke Kleve acht Ladestationen zur Verfügung, hiervon zwei Schnellladesäulen. Weitere vier Ladesäulen sind in Planung.</p> <p>Für die Prüfung des weitergehenden Ausbaus der Ladeinfrastruktur sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Rechtliche Rahmenbedingungen/langfristige Kostendeckung in der Rolle Verteilnetzbetreiber hinsichtlich des Ausbaus der Infrastruktur</li> </ol> <p>Es ist zu erwarten, dass es zu einer Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. durch das Klimaschutzgesetz) hinsichtlich des Ausbaus der Ladeinfrastruktur durch</p>

Verteilnetzbetreiber kommen wird. Eine Beurteilung hierzu ist frühestens im nächsten Jahr möglich. Ebenso sind weitergehende Fördermöglichkeiten und die eventuelle künftige Berücksichtigung des Ausbaus der Infrastruktur im Rahmen der Anreizregulierung noch nicht bekannt.

## 2. Vertriebliche Sicht / Geschäftsmodelle

Das Angebot von Ladestrom (wie z.B. über eine Wallbox bei Geschäftskunden) ist Teil eines Vertriebskonzepts der Stadtwerke Kleve GmbH, das in Abhängigkeit technischer Möglichkeiten (Digitalisierung) und wettbewerblicher Aspekte seitens der Stadtwerke Kleve ausgearbeitet werden wird.

Die Erarbeitung eines isolierten Konzepts – unabhängig von der Geschäftsstrategie der Stadtwerke Kleve – für Lademöglichkeiten im Industriegebiet halten wir daher – insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt – nicht für zielführend.

Die Verwaltung schlägt daher vor, diesen Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 37</b>
Produkt/ Produkte:
1401 - Umweltschutzmaßnahmen
Bezeichnung des Antrages:
<i>Schaffung von sicheren Radwegen/ Radfahrstraßen für Schüler und Alltagsradler - Prüfantrag</i>
Antragssteller:
Bündnis 90 / Die Grünen
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>U.a. aus Klimaschutzgründen muss jede Anstrengung unternommen werden, möglichst viele Menschen zum Fahrradfahren zu animieren. Radwege müssen sicher sein, so dass sie auch von Schulkindern genutzt werden können. Es wird auf notwendige Maßnahmen hingewiesen und entsprechende Haushaltsmittel beantragt, um die Planungen voran zu treiben:</p> <p>1. Lückenschluss zwischen Gemeindeweg/Materborn und Mittelweg/Kleve  Ab Ende Gemeindeweg bis Anfang Mittelweg fehlt ein Radweg über die Dorfstraße und den Kirchweg in Materborn. Von Reichswalde kommend ist bereits ein großes Stück als Radfahrstraße deklariert, der Mittelweg selbst ist mit einem Radweg ausgestattet, der benutzt werden kann. Für das Stück dazwischen fehlt noch eine Lösung. Das können Schutzstreifen sein, aber auch eine Umwidmung zur Fahrradstraße ist denkbar.</p> <p>2. Fahrradstraße vom Moritzpark bis Materborn  Fahrradstraße vom Moritzpark bis Materborn: Kolpingstraße von der Nassauer Allee bis zur Weyerstege, Weyerstege mit Übergang Lindenallee und Triftstraße, Sackstraße bis zur Querallee. Mit einer Fahrradstraße in diesem Bereich wäre parallel zur Hoffmannallee eine schnelle Verbindung für Radfahrer zu realisieren.</p> <p>3. Die Planungen für den Radweg von der HSRW östlich des Kermisdahls über Nellewardgen bis Wardhausen, ein abseits des Autoverkehrs idealer Radweg für Schüler, Beschäftigte im Industriegebiet und für Touristen, müssen forciert werden.</p> <p>4. Radverkehr durch die Innenstadt von der Ober- in die Unterstadt ist tagsüber nur über die Arntzstraße/Grüner Heideberg/Großer Markt möglich, die Benutzung von Marktstraße und Hopfensackstege als Einbahn- bzw. Anliegerstraße nicht erlaubt. Der Radfahrer muss über Schweinemarkt, Weberstraße und Karlstraße auf die Heldstraße ausweichen oder gleich Heldstraße oder Gruft benutzen. Damit befindet er sich jedoch schon außerhalb der Innenstadt und außerdem auf gefährlichen Straßen. Die Alternativstrecke (Moritzpark zum Kermisdahl) ist als Fußgängerweg ausgewiesen und durch drei Sperren ohnehin keine Lösung, genau wie die Schlosstorstraße, die aus Mangel an Alternativen jedoch von vielen Radfahrern genutzt wird.</p> <p>Ein vernünftiges Konzept für den Radverkehr sähe sternförmige Radfahrstraßen bzw. Radbahnen von der Innenstadt in die verschiedenen Ortsteile vor.  Diese Beispiele mögen genügen, um das Erfordernis konkreter und zügiger Planungen zu verdeutlichen. Es wird beantragt, bis April 2020 eine Drucksache vorzulegen, in der konkrete Maßnahmen mit Zeitplan vorgeschlagen werden.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz

## Bemerkungen

Für die angefragten Maßnahmen sind keine Haushaltsmittel für 2020 veranschlagt worden. Die Planung der Maßnahmen ist sinnvoll, insbesondere da diese Maßnahmen auch im Radverkehrskonzept wiederzufinden sind. Eine verkehrliche Prüfung dieser Flächen hat noch nicht stattgefunden. Aus Sicht der Verwaltung müssen die einzelnen beantragten Maßnahmen zunächst mit den beteiligten Stellen detailliert geprüft werden. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag zu prüfen und im Weiteren zu berichten.



<b>Nr.: 38</b>
Produkt/ Produkte:
1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft
Bezeichnung des Antrages:
<i>Einführung einer Baulandsteuer</i>
Antragssteller:
SPD
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob mit der Einführung einer sogenannten Baulandsteuer (Grundsteuer C) in der Stadt Kleve in einem nennenswerten Umfang Wohnraum entstehen kann.</p> <p>Begründung:  In einigen Städten besteht ein erheblicher Wohnungsmangel. Die damit verbundene Entwicklung der Werte der Grundstücke wird vermehrt dazu genutzt, baureife Grundstücke als Spekulationsobjekt zu halten. Grundstücke werden teilweise nur aufgekauft, um eine Wertsteigerung abzuwarten und die Grundstücke anschließend gewinnbringend wieder zu veräußern. Diese Spekulation mit Bauland verhindert, dass dringend benötigter Wohnraum entsteht. Im Kampf gegen die Wohnungsnot ist die sogenannte Grundsteuer C ein denkbares Druckmittel, Spekulanten davon abzuhalten, Bauland brachliegen zu lassen. Mit dem Grundsteuer-Reformgesetz sollen Gemeinden ab 2025 für baureife, aber unbebaute Grundstücke einen höheren Hebesatz festlegen können, wenn auf diesen keine Bebauung erfolgt. Diese sog. Grundsteuer C verteuert damit die Spekulation und schafft finanzielle Anreize, auf baureifen Grundstücken tatsächlich auch Wohnraum zu schaffen. Auch in der Stadt Kleve wird in den nächsten Jahren die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum und Baugrundstücken unverändert hoch bleiben.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Gegen den Antrag bestehen von Seiten der Verwaltung grundsätzlich keine Bedenken. Die Reform des Grundsteuergesetzes sieht zwar die Einführung einer Grundsteuer C für "baureife" Grundstücke vor. Gegebenenfalls können die Bundesländer individuelle Regelungen treffen. Für die Haushaltsplanung 2020 ist die Grundsteuer C noch kein Thema, da das neue Grundsteuergesetz erst 2025 in Kraft tritt und erst dann die Grundsteuer C erhoben werden könnte. Es besteht also noch 5 Jahre Zeit mit der Entscheidung, ob in Kleve die Grundsteuer C erhoben werden soll.</p> <p>Die Verwaltung schlägt daher vor, diesen Antrag zu prüfen und anschließend zu berichten.</p>

## II. Anträge Dritter

<b>Nr.: 39</b>
Produkt/ Produkte:
0401 - Kulturveranstaltungen und -förderung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Antrag auf Zuschuss zu den Sachkosten</i>
Antragssteller:
Theater im Fluss e.V.
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Die Miete ist durch die erweiterte Arbeit mit Nebenkosten auf 18.000 € (2018: 17.000 €) gestiegen. Im Jahr 2011, im ersten Jahr der Förderung (10.000 €) durch die Stadt Kleve betrug die Miete 9.900 €. Zunehmend werden die Räumlichkeiten von Schulen, Initiativen und Trägern der Jugendhilfe genutzt. Die Projekte Kulturrucksack NRW, Stadtteilkunst (Landesjugendplan) Abenteuergarten (Bundesmittel) werden mit mehreren hundert Stunden in den Räumlichkeiten von Theater im Fluss durchgeführt, ohne dass von den öffentlichen Stellen eine Miete gezahlt werden kann. Auch die Hochschule Rhein Waal führt seit drei Jahren das Modul Theaterpädagogik für die Studenten/-innen der Kindheitspädagogik hier durch. Es sei auch angemerkt, dass der Bedarf der Offenen Ganztagsangebote steigt und mit freien Trägern wie Theater im Fluss in naher Zukunft bewältigt werden kann. Es gibt verschiedene besprechbare Optionen der Kooperationen. Zudem ist ab Frühjahr / Sommer 2020 die Anmietung eines Werkstattraums geplant. Man beachte auch, der Raum des Projektes Move factory fällt nicht unter die o.g. Mietkosten und wird als eigenständiger Posten behandelt! Theater im Fluss fungiert hier hauptsächlich als Verwalter. Theater im Fluss e.V. beantragt bei der Stadt Kleve einen jährlichen Zuschuss von 18.000 € als Zuschuss für die gestiegenen Sachkosten (Miete).</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
Bemerkungen
<p>Das Theater im Fluss wird seit 2011 von der Stadt Kleve unterstützt. Von 2011-2015 betrug die jährliche Förderung 10.000 € 2016 = 13.000 € (Grundförderung 10.000 € + Sonderprojektförderung) 2017 = 17.000 € (Grundförderung 10.000 € + Sonderprojektförderung) 2018 = 16.500 € (Grundförderung 10.000 € + Sonderprojektförderung) Der vorliegende Antrag zielt auf einen Zuschuss in Höhe von 18.000 € als Grundförderung ab. Aus der Jahresabrechnung 2018 geht hervor, dass die Miete rund 13.000 €, zzgl. der Nebenkosten von rund 3.800 € betrug. Die beantragte Grundförderung würde die Miete decken. Es ist zu bedenken, dass das Theater im Fluss viele Projekte mit den Schulen veranstaltet und auch in den eigenen Räumen durchführt. Die Verwaltung schlägt vor, eine Erhöhung der Grundförderung von 10.000 € auf 18.000 € zu gewähren.</p>

<b>Nr.: 40</b>
Produkt/ Produkte:
0401 - Kulturveranstaltungen und -förderung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Antrag auf Zuschuss zu einer Personalstelle</i>
Antragssteller:
Theater im Fluss e.V.
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Eine Fachkraft für Verwaltung und Bürokommunikation, die auch einen Teil der Öffentlichkeitsarbeit durchführt, wird notwendigerweise ab 2020 mit 20 Stunden pro Woche eingestellt. Die Stelle stützt das Rückgrat der gesamten Arbeit von Theater im Fluss. Der Mindeststandard für geförderte Jugendkunstschulen im Land NRW wurde von der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendkunstschulen NRW mit mindestens einer halben Stelle angegeben. Für eine volle Stelle gilt der Richtwert von 800 Angebotsstunden. Die Jugendarbeit bei Theater im Fluss wird jedoch zurzeit mit einer halben Stelle mit 1.830 Angebotsstunden durchgeführt. Im Jahr 2019 erreicht Theater im Fluss mit allen Jugendangeboten zum ersten Mal über 1.000 aktive Teilnehmer/-innen (ohne Publikum). Zusätzlich finden viele Querschnittsaufgaben statt. Seit dem ersten Jahr der Förderung der Stadt Kleve hat sich die Arbeit insgesamt verdoppelt. Durch zahlreiche Projekte entstehen vielfältige Mehraufgaben auch im Overheadbereich, die Ehrenamtler allein nicht mehr abfangen können. Die Bürofachkraft organisiert und verwaltet mehrere Projekte, u.a. Kultur macht stark – Abenteuergarten, die Kunstbude oder den „Kulturrucksack.“ Zudem gibt es viele Arbeitsanfragen verschiedener Träger und Gruppen, denen wir wegen des geringen Finanz- bzw. Personalpool bisher nicht nachkommen konnten. Im Jahr 2019 wurde die Handlungsfähigkeit von Theater im Fluss zusätzlich durch den Verkauf des Panniergeländes beeinträchtigt. Seitdem muss auf einige „professionelle“ Ehrenamtler im Organisationsbereich verzichten werden, die sich beim Kauf des Panniergeländes an eine Stiftung weiter eingebracht hätten. Durch die halbe Stelle im Verwaltungsbereich der Kinder- und Jugendarbeit wird die Arbeit stabilisiert, so dass zum ersten Mal eine Planungssicherheit des Vereins gewährleistet ist. Der Generationenwechsel im Fachkräftebereich kann angegangen werden. Die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der soziokulturellen Quartiersarbeit werden geschaffen. Theater im Fluss ist verstärkt in der Quartiersentwicklung tätig, so auch in der Netzwerk- und erweiterten Projektarbeit mit Jugendzentrum Kalle der Caritas, verschiedenen kommunalen Stellen oder dem St. Anna Stift (Outdoorcafe). Zurzeit laufen Kooperationsgespräche mit dem Kindergarten Lebensfluss und der Lebenshilfe. Ab Dezember 2019 wird eine verstärkte Kooperation stattfinden. Mit dem Projekt „Abenteuergarten“ in Kooperation mit der Beuys-Gesamtschule, dem Jugendzentrum Kalle und den Gemeinschaftsgärten Essbares Kleverland sind bereits Projektgelder aus dem Bundestopf „Kultur macht stark“ bis Ende 2020 bewilligt worden. Die Gesamtheit der Arbeit macht diese halbe Stelle notwendig, andernfalls sind die Erfolge bisheriger Arbeit gefährdet.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
19.500 €

## Bemerkungen

Die jugendkulturelle Arbeit des Theater im Fluss wird als grundsätzlich wertvolles Angebot und als grundsätzlich förderwürdig angesehen. Durch den hohen Anteil an Drittmitteln agiert der Verein aus städtischer Sicht sehr kosteneffizient. Es ist nachvollziehbar, dass die Drittmittelakquise mit Verwaltungsaufwand verbunden ist und dass Projektförderungen in der Regel keine bestehenden Strukturkosten fördern. Es liegen der Verwaltung jedoch keinerlei Anhaltspunkte darüber vor, ob die angedachte Größenordnung angemessen ist. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass im Rahmen der Jugendarbeit bislang ausschließlich pädagogische Mitarbeiterstellen gefördert werden und Verwaltungsaufwand von den freien Trägern (aus anderweitigen Drittmitteln oder Eigenmitteln) übernommen wird. Dem Theater im Fluss e.V. stehen jedoch keine nennenswerten Eigenmittel dafür zur Verfügung. Auch stellt sich die Frage möglicher Kostenbeteiligungen von anderen Kommunen (s. Sokel – Kooperationen). Die Verwaltung schlägt vor, diesen Antrag zu prüfen und anschließend zu berichten.

<b>Nr.: 41</b>
Produkt/ Produkte:
0401 - Kulturveranstaltungen und -förderung
Bezeichnung des Antrages:
<i>Antrag auf Zuschuss für das Sonderprojekt Kulturbude</i>
Antragssteller:
Theater im Fluss e.V.
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Das Theater im Fluss beantragt einen Zuschuss für das Sonderprojekt Kulturbude i.H.v. 3.850 €. Die meisten Sonderprogramme werden im Jahr 2020 durch neue Projektmittel oder Stiftungen / Spenden finanziert. Dies haben die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in diesem Jahr arrangiert. Jedoch werden für die Arbeit an der Kunstbude „Sondermittel“ benötigt, u.a. für die pädagogische Zusammenarbeit mit dem Kindergarten und Familienzentrum „Lebensfluss“ und dem outdoorcafe Kooperation mit Jugendzentrum Kalle und St. Anna Stift. Die Altersspanne der 10 bis 14-Jährigen wird von dem NRW-Projekt „Kulturrucksack“ abgedeckt. Jedoch erreicht das Projekt „Kunstbude“ (im Musikerquartier am Spielplatz Beethovenstraße) mit kreativen Aktivitäten auch Kinder bis 10 Jahren sowie die Eltern. Im Winter besuchen die Eltern mit den Kindern, wenn an der Kunstbude witterungsbedingt nicht mehr gearbeitet werden kann, auch das Theater im Fluss. Dazu werden Kulturpädagogen/-innen auf Honorarbasis angestellt. Gearbeitet wird an 34 Tagen x 2 Personalkräfte (100 € pro Tag + 450 € Sachkosten).
a) Ansatz/ b) Teilansatz
3.900 €
Bemerkungen
Es handelt sich um ein aus fachlicher Sicht sehr wertvolles Angebot. Da sich das Angebot der Kunstbude bereits etabliert hat, werden verschiedene Zielgruppen mit kreativen Ansätzen erreicht und es kann dieser eine Kontinuität angeboten werden. Die Zusammenarbeit mit den genannten Institutionen wird als Mehrwert gesehen. Es ist zudem nachvollziehbar, dass eine Sonderförderung beantragt wird, da die Förderbedingungen anderer Fördertöpfe nicht passend sind. Der Antrag wird von der Verwaltung befürwortet. Die Verwaltung schlägt vor, dass städtische Mittel i.H.v. 3.900 € für die Förderung der Sonderprojekte bereitgestellt werden.

<b>Nr.: 42</b>
Produkt/ Produkte:
0501 - Leistungsgewährung nach SGB XII
Bezeichnung des Antrages:
<i>Antrag für erste Maßnahmen zur Quartiersentwicklung</i>
Antragssteller:
Theater im Fluss e.V.
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
<p>Antrag für erste Maßnahmen zur Quartierentwicklung durch zwei 450 €-Stellen + Sachkosten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ein (mehrsprachiger) Quartier-Pionier</li> <li>2. Ein Quartiers-Pionier</li> </ol> <p>Theater im Fluss ist in der soziokulturellen Praxis vor Ort tätig. Eine reale Beteiligungskultur ist Basiselement und Erfolgsfaktor des gesamten Qualitätmanagements. Durch die Erfahrungen der Praxis, aktuelle Gespräche mit Quartiersbewohner*innen, Mitteilungen der Mitarbeiter*innen und Kommunikation mit Institutionen im Quartier sehen wir wichtige Bedarfslagen, auf die mit diesem Projekt eingegangen wird.</p>
a) Ansatz/ b) Teilansatz
75.000 € (Sperrvermerk)
Bemerkungen
<p>Derzeit erarbeitet eine vom Sozialausschuss initiierte fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe (in Federführung durch den Fachbereich Arbeit und Soziales) Grundlagen sowie eine mögliche Strategie zur Quartiersentwicklung. Hierzu ist unter anderem die Hochschule mit einer Analysephase beauftragt und es stehen Mittel im städtischen Haushalt bereit. Dem Arbeitsergebnis der Arbeitsgruppe sollte durch eine Förderzusage nicht vorweg gegriffen werden. Zudem kommen für die Quartiersentwicklung Förderungen verschiedener Drittmittelgeber in Betracht. Zu gegebener Zeit sollte das angedachte Projekt entweder der Arbeitsgruppe oder dem Sozialausschuss vorgestellt werden. Aufgrund des kurzfristig geplanten Projektbeginns (01.01.2020) ist eine Bezuschussung über andere Förderprogramme nicht möglich. Die Verwaltung empfiehlt, zunächst die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abzuwarten, die Voraussetzungen für einen Zuschussantrag zu erarbeiten und im Anschluss zu berichten.</p>

<b>Nr.: 43</b>
Produkt/ Produkte:
0501 - Leistungsgewährung nach SGB XII
Bezeichnung des Antrages:
<i>Antrag auf städt. Zuschuss Sozialberatung Diakonie Kleve</i>
Antragssteller:
Diakonie im Kirchenkreis Kleve e.V.
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Obwohl der Sozialausschuss der Stadt Kleve am 27.04.2017 einer Änderung der Zuschussverteilung nicht zugestimmt hat, wird gebeten, den Antrag auf Zuschuss für die Diakonie-Sozialberatung in Kleve im Sozialausschuss erneut zur Diskussion zu stellen. Einen Antrag für das Jahr 2019 wurde bereits am 21. Juni 2018 gestellt. Nun wird für das Jahr 2020 beantragt, die Sozialberatung der Diakonie in Kleve mit 5.000 € aus Mitteln des städtischen Haushaltes zu unterstützen. Die Diakonie-Sozialberatung in Kleve ist seit Jahren für gut 100 Bürgerinnen und Bürger aus Kleve und Umgebung ein fester und bewährter Ansprechpartner in allen sozialen Fragen. Hierfür steht die Sozialpädagogin mit vier Wochenstunden zur Verfügung. Die Zahl der Klienten steigt kontinuierlich von 96 im Jahr 2017 auf 111 Ratsuchende im Jahr 2018.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
5.000 €
Bemerkungen
Die Diakonie Kleve im Kirchenkreis Kleve e.V. beantragt einen Zuschuss für die Sozialberatung. Bereits mit Schreiben vom 24.05.2016 und 30.05.2017 wurden gleichlautende Anträge gestellt. Lt. den eingereichten Unterlagen der Diakonie wurden im Jahr 2018 290 Beratungstermine in Kleve durchgeführt. Der Anteil der Beratungstermine mit 69 Klever Bürgern betrug ca. 62 % (= 180 Beratungstermine). Diese Zahlen sind somit auf dem gleichen Niveau wie 2015, sodass ein erhöhter Bedarf oder eine Zunahme an Beratungsaktivitäten der Diakonie nicht erkennbar sind. Grundsätzlich ist ein vielfältiges und qualifiziertes Angebot an Beratungseinrichtungen zur Unterstützung der Arbeit von Sozialleistungsträgern notwendig. In der Sitzung des Sozialausschusses am 27.04.2017 (Drucksache 641/X.) wurden hierzu die finanziellen Unterstützungen für Sozialberatungen seitens der Stadt Kleve dargestellt. An dieser Situation hat sich nichts Grundlegendes geändert, sodass die zusätzliche Förderung entsprechender Angebote weiterhin für nicht erforderlich angesehen wird. Andere Entwicklungen im Stadtgebiet, die eine finanzielle Unterstützung weiterer Beratungseinrichtungen erforderlich machen, sind nicht erkennbar. Daher schlägt die Verwaltung vor, den Antrag abzulehnen.

<b>Nr.: 44</b>
Produkt/ Produkte:
0602 - Kinder- und Jugendarbeit
Bezeichnung des Antrages:
<i>Antrag Bauzuschuss für Vereinsheim „RADHAUS“</i>
Antragssteller:
Klewer Jugendwerk e.V.
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Das Klewer Jugendwerk e.V. befindet sich seit 2018 mit dem Vereinsheim „Radhaus“ in der Beantragungsphase zur Erhöhung der Besucherzahl auf 499 Personen im Rahmen der Sonderbauverordnung NRW als Versammlungsstätte. Nach einigen ergebnisorientierten Diskussionen mit dem Bauamt wurde ein Teil des aktuellen Antrags durch den im Kreis ansässigen Brandschutzbeauftragten negativ begutachtet und Nachbesserungen eingefordert. Die vom Klewer Jugendwerk e.V. eingereichten Unterlagen basierten auf den bisherigen Genehmigungen als Versammlungsstätte von 1991. Diese spiegeln jedoch den aktuellen Stand im Bereich des Brandschutzes nicht wider. Es wird eine zeitnahe Erweiterung angestrebt. Dazu ist das Vereinsheim „RADHAUS“ im Hinblick auf das derzeitige Brandschutzniveau zu befähigen, da für eine Nutzungsänderung kein Bestandsschutz geltend gemacht werden kann. Die für die Befähigung notwendigen Baumaßnahmen wurden mittels eines beauftragten Brandschutzsachverständigen sowie eines Architekten eruiert. Gemäß des bisher eingeholten Kostenvoranschlags betragen die Kosten der Maßnahme mindestens 25.000 €.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
6.300 €
Bemerkungen
Aus Sicht der Verwaltung ist die Einrichtung als Veranstaltungsort für Jugendliche, insbesondere junge Erwachsene, von erheblicher Bedeutung. Die Förderung von Baumaßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit wird in der Regel über die Förderbedingungen nach dem Kinder- und Jugendförderplan abgewickelt. Hierfür sind entsprechende Haushaltsmittel im Haushalt 2020 vorgesehen. Es wird angesichts der Besonderheiten dieses Antrags vorgeschlagen, den Antrag im nächsten Jugendhilfeausschuss zu beraten und dem Träger vorab die Möglichkeit eines förderunschädlichen Maßnahmebeginns zuzusichern. Die Verwaltung schlägt vor, die Beratungsgespräche abzuwarten, diesen Antrag hinsichtlich einer repräsentativen Kostenschätzung und einer möglichen Fördermöglichkeit zu prüfen und anschließend zu berichten.



<b>Nr.: 45</b>
Produkt/ Produkte:
1303 – Natur- und Landschaftspflege
Bezeichnung des Antrages:
<i>Förderung eines Projektes zum Schutz heimischer Insekten</i>
Antragssteller:
NABU – Naturschutzstation Niederrhein
Kurzfassung des Antrages/ Begründung:
Die NABU-Naturschutzstation Niederrhein plant derzeit ein Projekt zum Aufbau eines großen Angebotes an heimischen Topfpflanzen für Balkon, Garten und Grünanlagen, um einen Beitrag zum Schutz der heimischen Insektenwelt zu leisten. Hierfür werden wir mit verschiedenen Gartenbaufirmen aus der Region kooperieren. Das Bundesumweltministerium (BMU) hat eine Förderung in Aussicht gestellt. Allerdings werden für das Projekt noch Finanzmittel zur Kofinanzierung benötigt, da der Verein nicht über genügend Eigenmittel verfügt. Daher wird ein Antrag auf Bezuschussung des Projektes in Höhe von 24.475 € für das Haushaltsjahr 2020 gestellt. Die Gemeinde hat, neben dem erheblichen Effekt zur Verbesserung der Umweltsituation, die Chance, mit einer Ko-Förderung Bundesmittel in die Region zu ziehen und mit dem regionalen Gartenbau dauerhaft einen neuen regional geschlossenen Markt aufzubauen. Darüber hinaus bekommt die Bevölkerung ein einfaches Angebot etwas für die heimische Insektenwelt zu tun.
a) Ansatz/ b) Teilansatz
24.500 €
Bemerkungen
Die Verwaltung begrüßt diesen Antrag. Die angestrebte Idee der Begrünung und Bepflanzung von Balkonen und Gärten mit insektenfreundlichen Pflanzen entspricht den Zielen der Stadt Kleve (Insektenfreundliche Stadt). Mit der beabsichtigten Summe sind verschiedene Maßnahmen umzusetzen, so dass der angestrebte Effekt einsetzen sollte. Voraussetzung ist, alle Dritten beteiligen sich entsprechend und die Gesamtfinanzierung ist gesichert. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag zu prüfen und im Anschluss zu berichten.

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eintrag 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

10.0105: Zentrale Dienste (S. 124)

*Für Aufwendungen für Bürobedarf werden, wie im Haushalt 2019, 59.400 EUR bereitgestellt; die von der Stadtverwaltung veranschlagte Kürzung um 20% wird zurückgenommen.*

Obwohl die Stellen von 8,99 (2019) auf 11,29 (2020) zunehmen, will die Stadtverwaltung den Bürobedarf bei den zentralen Diensten um 20% kürzen. Hierfür fehlt es an einer sachlich-logischen Begründung.

CDU Fraktion – Antoniusstraße 13 – 47533 Kleve

Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Minoritenplatz 1

47533 Kleve

**Geschäftsstelle**

Lindenallee 49  
47533 Kleve  
Tel.: 02821/997790  
Fax: 9977919  
E-mail:  
info@cdu-kreis-kleve.de

Datum: 21.11.2019

**Antrag der CDU-Fraktion zur Anschaffung von Elektrorädern für den OSD**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

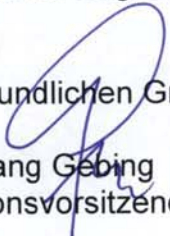
die CDU Fraktion beantragt die Anschaffung von Elektrorädern für den Ordnungs- und Servicedienst der Stadt Kleve (OSD).

**Begründung**

Der Einsatz von Elektrorädern macht den Ordnungsdienst - besonders in der Innenstadt, Kellen und Materborn - flexibler, ist ein Beitrag zum Klimaschutz und trägt zur Bürgernähe bei.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

  
Wolfgang Gebing  
Fraktionsvorsitzender

**Fraktion „Unabhängige Klever“  
im Rat der Stadt Kleve**

**Stadt Kleve  
Bürgermeisterin Sonja Northing  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve**

Kleve, 21.11.2019

**Antrag: Sperrvermerk im Haushalt zur Errichtung eines Jugendparlamentes**

Sehr geehrte Frau Northing,

die Fraktion „Unabhängige Klever“ beantragt für die Einrichtung und den laufenden Betrieb eines Jugendparlaments eine halbe Stelle eines Sozialpädagogen/in sowie Mittel für Sachleistungen im Haushalt 2020 mit Sperrvermerk einzustellen.

**Begründung:**

Das von den Unabhängigen Klevern geforderte Jugendparlament, kurz JuPa, soll zu Beginn des Jahres 2020 im entsprechenden Fachausschuss beraten werden. Neben den Unabhängigen Klevern befürworten auch andere Fraktionen ein JuPa. Damit die Einrichtung ohne Zeitverzug stattfinden kann, soll vorsorglich ein Betrag mit einem Sperrvermerk in Höhe einer halben Stelle zur Anstellung eines Sozialpädagogen/in sowie Sachmittel im Haushalt verankert werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Unabhängige Klever (UK)

  
Dr. Fabian Merges

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eingang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

10.0106: Personalmanagement (S. 128)

*Die Aufwendungen für Fortbildung werden von 73.000 EUR um 3.500 EUR erhöht auf 76.500 EUR.*

Gegenüber 2019 beabsichtigt die Stadtverwaltung, die Aufwendungen für Fortbildung um 3.500 EUR (= -4,6%) zu kürzen. Aus dieser Haushaltsstelle werden auch Fahrtkostenerstattungen für die Auszubildenden, Unterrichtsgelder und Einstellungstests finanziert. Da in 2020 mehr Stellen besetzt sein werden als in 2019 (13,07 gegenüber 9,4), ist eine Kürzung der Aufwendungen für Fortbildung nicht nachvollziehbar.

Kleve, den 21.11.2019

Stadt Kleve  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Verbesserung des ÖPNV

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt,

eine Anbindung der City-Buslinie Richtung Materborn/Reichswalde und Kellen zu prüfen.

Begründung

Der Kreis Kleve hat angekündigt, weitere Mittel für die Verbesserung des ÖPNV zur Verfügung zu stellen. Um das ÖPNV-Angebot in Kleve zu verbessern, soll geprüft werden, ob und wie die obengenannte Zielsetzung erreicht werden könnte. Es wird gebeten, dass Ergebnis der Prüfung bis zum 31.03.2020 mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Gebing  
Fraktionsvorsitzender

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eingang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

10.0109: Technikunterstützte Informationsverarbeitung (S. 130)

*Die Kürzung der Aufwendungen für Aus- und Fortbildung um 19.500 EUR auf nunmehr lediglich 31.500 EUR wird zurückgenommen. Der Haushaltsansatz wird auf 51.000 EUR angehoben und entspricht damit den für 2019 veranschlagten Aufwendungen.*

Vor dem Hintergrund des Themas „Digitalisierung“ und angesichts der insbesondere auf dem Gebiet der IT rasant voranschreitenden technischen Entwicklung ist die Kürzung der Aufwendungen für Aus- und Fortbildung nicht angebracht.

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Empfang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

10.0111: Organisationsangelegenheiten (S. 133)

*Die Aufwendungen für „Sonstige Auszahlungen“ werden in Höhe von 100.000 EUR mit einem Sperrvermerk versehen, der vom Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden kann. Dieser Ansatz entspricht dem für Organisationsuntersuchungen veranschlagten Ansatz. Jede von der Stadtverwaltung beabsichtigte Organisationsuntersuchung soll dem Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werden; dieser beschließt über die Mittelfreigabe.*

Gegenüber dem Haushalt 2019 hat die Stadtverwaltung bei diesen Aufwendungen eine Erhöhung um 33% auf nunmehr 100.000 EUR vorgeschlagen. Aus diesem Ansatz sollen „Organisationsuntersuchungen zuzüglich weiterer kleinerer Beratungsleistungen“ finanziert werden. Laut Grunddaten sind für 2020 drei interne Untersuchungen vorgesehen. Es entspricht den Zielen wie „Einheitlichkeit der Verwaltung“ und „Wirtschaftliches Verwaltungshandeln auf der Grundlage optimaler Organisationsstrukturen“, wenn der Rat über den Haupt- und Finanzausschuss frühzeitig eingebunden wird.





**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

Fraktion  
im Rat der Stadt Kleve

Pastor-Leinung-Platz 10  
47533 Kleve  
Fon: 02821 84338  
Mail: [gruene.fraktion.kleve@t-online.de](mailto:gruene.fraktion.kleve@t-online.de)

Kleve, den 19.11.2019

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus  
**47533 Kleve**

## Antrag zur Erbpacht von Grundstücken

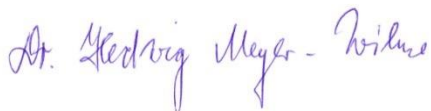
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir beantragen, dass die Grundstücke Minoritenplatz (heutiger Parkplatz) und Altes Hallenbad unter das Erbbaurecht (Erbpacht) gestellt werden.

Begründung: Grund und Boden ist ein wertvolles Gut. Als Stadt kann man nur die weitere Stadtentwicklung in den eigenen Händen halten, wenn man die wenigen ‚Sahngrundstücke‘, die man noch in Besitz hält, auch langfristig planerisch gestalten kann. Der/Die Pächter/in kann das Grundstück 50 bzw. 99 Jahren nutzen und ggf. bebauen, die Stadt behält das Grundstück aber in ihrem Eigentum. Andere Städte (z.B. Tübingen, Würzburg) machen es uns vor.

Langfristig wirft der Erbzins sogar einen Gewinn für die Stadt ab.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hedwig Meyer-Wilmes  
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Kleve



020

011

**Fraktion „Unabhängige Klever“  
im Rat der Stadt Kleve**

**Stadt Kleve  
Bürgermeisterin Sonja Northing  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve**

Kleve, 12.11.2019

**Antrag: Verkehrsspiegel für Linksabbieger T-Kreuzung „Mittelweg – Lindenallee“**

Sehr geehrte Frau Northing,

die Fraktion „Unabhängige Klever“ beantragt, der Rat möge beschließen, dass an der T-Kreuzung „Mittelweg–Lindenallee“ für die Linksabbieger, die vom Mittelweg kommen, ein Verkehrsspiegel installiert wird.

**Begründung:**

Für Linksabbieger, die vom Mittelweg kommend an der T-Kreuzung „Mittelweg – Lindenallee“ stehen und nach links in die Lindenallee einbiegen wollen, ist der Querverkehr schlecht einsehbar, da die vor der Christus-König-Kirche stehenden PKW die Sicht versperren. Dies ist insbesondere bei größeren PKW wie bspw. Vans der Fall.

Mit freundlichen Grüßen  
Unabhängige Klever (UK)

  
Dr. Fabian Merges

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eingang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

40.0401: Kulturveranstaltungen und Kulturförderung (S. 211)

*Der Ansatz der Aufwendungen für die Förderung des kulturellen Angebots in Höhe von 12.500 EUR wird um 7.500 EUR erhöht; 2020 werden – wie im laufenden Haushaltsjahr – 20.000 EUR bereitgestellt.*

Im Haushaltsentwurf 2019 betrug der von der Stadtverwaltung selbst für angemessen gehaltene Ansatz 20.000 EUR. Eine Kürzung widerspricht der von der Bürgermeisterin in der jüngeren Vergangenheit im Kulturausschuss angekündigten Erhöhung der Mittel zur Förderung des kulturellen Angebots. Diese Zusage sollte eingehalten werden.

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eingang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

40.0401: Kulturveranstaltungen und Kulturförderung (S. 211)

*Für einen „Kulturleitplan“ werden im Haushalt 2020 Finanzmittel in Höhe von 5.000 EUR bereitgestellt*

2018 wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig beschlossen, ein externes Fachbüro mit dem Thema „Kulturleitplan“ zu beauftragen. Zur „Anschubfinanzierung“ wurden im Haushalt 2019 5.000 EUR bereitgestellt. Damit ein Kulturleitplan für Kleve erstellt und anschließend umgesetzt werden kann, reicht eine bloße Anschubfinanzierung nicht aus. Auch hier ist Kontinuität erforderlich. Hierfür werden Finanzmittel benötigt.

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

*Eingang 21.11.19*  


Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,  
zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

**40.0401: Kulturveranstaltungen und Kulturförderung (S. 211)**

Der Haushaltsansatz für Werbung wird von 30.000 EUR um 4.000 EUR auf 34.000 EUR erhöht. Aus diesen Aufwendungen sind auch die überregionale Werbung für sowie die touristische Vermarktung der Parkanlagen zu finanzieren. An der konzeptionellen Arbeit sind Klever Kulturschaffende zu beteiligen. Die von der Stadtverwaltung gegenüber dem Haushaltsentwurf 2019 eingeplante leichte Erhöhung der Aufwendungen für Werbung um 1.000 EUR ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Mit der erneut beantragten Erhöhung der Aufwendungen könnte die Stadt der von ihr mit in Auftrag gegebenen „Euregionalen Verflechtungsstudie Grenzregio Nimwegen-Kleve“ aus 2009 positive Taten folgen lassen. Darin werden unter anderem die „Gemeinsame Natur- und Kulturlandschaft“ und die „Grenzregion als Tourismus-Marke“ hervorgehoben.

Die Umsetzung dieses Vorhabens sollte unter Mitwirkung der lokalen Kulturszene erfolgen; hierbei wäre die Expertise des „Klevischen Vereins“ von besonderer Bedeutung.



**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

Fraktion  
im Rat der Stadt Kleve

Pastor-Leinung-Platz 10  
47533 Kleve  
Fon: 02821 84338  
Mail: gruene.fraktion.kleve@t-online.de

Kleve, den 20.11.2019

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus  
**47533 Kleve**

### **Antrag auf Einrichtung eines Budgets für die Aufgaben der Integration und Inklusion in der Stadt Kleve**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

hiermit beantragen wir ein Budget in Höhe von **€ 5000** für die Aufgabenbereiche  
◀ **Integration und Inklusion** in den Haushalt der Stadt Kleve einzustellen.

Begründung:

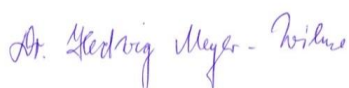
Seit August 2019 ist die neu eingerichtete Stabsstelle Integration und Inklusion besetzt. Die Stelleninhaberin ist derzeit mit der Erstellung eines Konzeptes beschäftigt.

Für 2020 halten wir es für sinnvoll, dass die Stelleninhaberin neben der Planung erste Aktionen umsetzen kann, wie beispielsweise die Durchführung von koordinierenden Veranstaltungen oder die Erstellung von barrierefreien Informationsmaterialien (z.B. in leichte Sprache oder in Fremdsprachen übersetzt).

Zur Finanzierung beispielsweise externer Referenten oder Übersetzungsbüros sollten finanzielle Mittel vorgesehen werden.

Das Budget muss nach abgestimmtem Konzept möglicherweise angepasst werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hedwig Meyer-Wilmes  
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

im Rat der Stadt Kleve





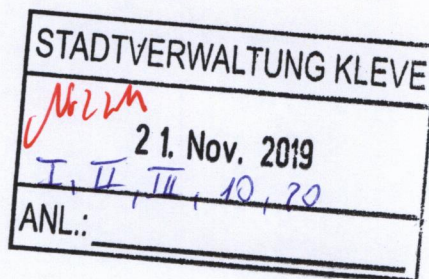
# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Pastor-Leinung-Platz 10, 47533 Kleve

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus

47533 Kleve



# SPD

**Vorsitzende:**

**P. Tekath**

20.11.2019

Tel.: 02821/84337

FAX: 84370

**E-Mail :**

[spdratsfraktionkleve@gmx.de](mailto:spdratsfraktionkleve@gmx.de)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die SPD Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Richtlinien zur Förderung des Sports vom 18.05.2005 in folgender Weise zu ändern:

3,8 Beihilfen zu den Gebühren für die Benutzung der städtischen Bäder.

Zu den Gebühren für die Benutzung der städtischen Bäder erhalten die Klever Sportvereine/  
Verbände/Bildungseinrichtungen/Freiwillige Feuerwehr folgende Beihilfen:

a) für die Benutzung des Hallenbades:

Clever Schwimmverein	75 % der Gebühren
Klever Tauchgemeinschaft	75 % der Gebühren
Versehrtensportgemeinschaft	75 % der Gebühren
DLRG – Ortsgruppe Kleve	100 % der Gebühren
THW – Ortsgruppe Kleve	100 % der Gebühren

Hinzufügen: Freiwillige Feuerwehr der Stadt Kleve 100 % der Gebühren.

Im Weiteren ist redaktionell das Hallenbad Kleve in „Sternbuschbad Kleve“ zu ändern.



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve**

**SPD**

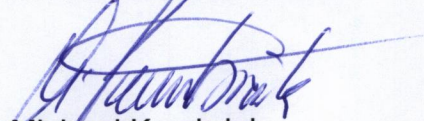
- 2 -

**Begründung:**

Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Kleve nimmt verschiedentlich auch Aufgaben im Bereich der Rettung auf Gewässern wahr. Um die Fertigkeiten und Kenntnisse zu vertiefen ist es sicher nicht schädlich, die Feuerwehr der Stadt Kleve mit den bereits vorgenannten Rettungsorganisationen gleich zu schalten.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Kumbrink  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender





**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

Fraktion  
im Rat der Stadt Kleve

Pastor-Leinung-Platz 10  
47533 Kleve  
Fon: 02821 84338  
Mail: gruene.fraktion.kleve@t-online.de

Kleve, den 18.11.2019

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus  
**47533 Kleve**

### **Antrag auf Sport- und Bewegungsförderung für Erstklässler**

Wie im Haupt- und Finanzausschuss vom 26.9.2019 abgesprochen, stellen wir den Antrag vom 15.11.18 erneut, wenn auch mit breiterer Zielrichtung, da die Diskussion im Sportausschuss sowie die Vorbereitung der Verwaltung unseren Antrag auf sozial benachteiligte Kinder eingeschränkt hat.

Uns geht es um zwei Zielsetzungen:

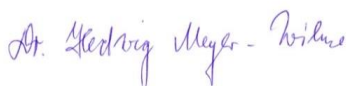
1. Kinder schon im frühen Alter an den Bewegungsspaß heranzuführen (jedes 4. Kind lebt bewegungsarm) und
2. unseren Sportvereinen junge Mitglieder zuzuführen (manche klagen über zu wenig Nachwuchs in den Vereinen).

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausgabe von Gutscheinen für eine einjährige Mitgliedschaft in einem Sportverein für die Erstklässler vorzubereiten.
2. Alle städtischen Grundschulen werden gebeten, in der ersten Schulwoche auf dieses Angebot schriftlich hinzuweisen und eine Bestandsaufnahme des Interesses für einen der Sportvereine in der Nähe des Wohnviertels des Kindes ans Schulamt weiterzugeben.
3. Das Schulamt gibt die Anzahl an die Sportvereine weiter und sorgt für eine Ausgabe der Gutscheine in den betreffenden Grundschulen.
4. Der Rat der Stadt Kleve stellt 15.000 € für das Jahr 2020 zur Verfügung und evaluiert gegen Ende des Jahres das Interesse.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hedwig Meyer-Wilmes  
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

im Rat der Stadt Kleve



**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

*Eingang 21.11.19*  
*Ullrich*

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

61.0901: Städtebauliche Planung, Erneuerung und Entwicklung, Grundstücksneuordnung (S. 271)

1. Die Aufwendungen in Höhe von 5.000 EUR für Maßnahmen der Minoritenparkplatzbebauung (Planung Fassadengestaltung/Planung eines Nutzungskonzeptes) werden gestrichen.
2. 10.000 EUR werden bereitgestellt, um Möglichkeiten der räumlichen und organisatorischen Zusammenfassung von Volkshochschule und Stadtbücherei zu prüfen.

Es soll geprüft werden, ob, unter welchen Rahmenbedingungen (z. B. Raumprogramm/Nutzung in den Abendstunden/Kommunales Kino/Cafe) und an welchem Standort (möglichst zentral) die kommunalen Bildungseinrichtungen (VHS, Stadtbücherei) in einem Neubau untergebracht werden könnten. In diesem Kontext ist auch zu prüfen, ob die Kultur- und Bildungseinrichtungen der Stadt organisatorisch zusammengefasst werden könnten („Anstalt öffentlichen Rechts“). Hierfür werden 10.000 EUR bereitgestellt.

# Freie Demokraten

## FDP KLEVE

### *Freie Demokraten im Rat der Stadt Kleve*

FDP Ratsfraktion – Postfach 1955 – 47517 Kleve

Daniel Rütter  
Fraktionsvorsitzender

Mobil 0178 8459292

[daniel.ruetter@gmail.com](mailto:daniel.ruetter@gmail.com)

FDP Ratsfraktion  
Pastor-Leinung-Platz 10  
47533 Kleve  
Tel. (02821) 2 80 98  
info@fdp-kleve.de

#### **Rettungspunkte/ Notrufnummern für Sitzbänke**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

ich bitte Sie folgenden Antrag der FDP im Rat der Stadt Kleve auf die Tagesordnung zu setzen:

***Alle Sitzbänke im Stadtgebiet mit Notrufnummern zu versehen bzw. alternativ sog. Rettungspunkte aufzustellen. Damit soll bei Notfällen sichergestellt werden, dass bei Notrufen diese Nummern durchgegeben werden kann und damit eine genaue Zuordnung des Standortes erfolgen kann. Ziel ist es, unsere Stadt sicherer für alle Altersklassen, Bürger und Gäste zu machen.***

#### Begründung:

Wir möchten Kleve sicherer machen. Dazu möchten wir alle Sitzbänke im Stadtgebiet Kleve, mit fortlaufenden (Rettungs-) Nummern ausstatten bzw. alternativ sog. Rettungspunkte ausgestattet werden. Dadurch können Rettungskräfte viel schneller zu einem Einsatz gelotst werden.

In verschiedenen Kommunen im Kreis Kleve (z. B: Bedburg-Hau, Straelen, Geldern) und im Kreis Wesel (z. B. Xanten) ist ein solches Konzept erprobt. Durch diese Rettungspunkte können Rettungsdienst, Polizei und Feuerwehr den genauen Standort ermitteln. In der Regel verzögern umständliche Orts- und Umgebungsbeschreibungen eine schnelle Rettung, wenn jede Minute fehlt.

Allerdings sind ungenaue Ortsbeschreibungen oftmals ein alltägliches Problem in den Leitstellen von Polizei und Rettungsdienst. Insbesondere dann, wenn sich die Notfälle z. B. in den Aussengebieten unserer Ortschaften ereignen. Zum Beispiel, wenn ein Senior beim Spaziergang ohnmächtig wird, ein Radfahrer, Wanderer oder Jogger stürzt und sich dabei erheblich verletzt und die Orientierung verliert. Gleiches gilt auch für Kinder z. B. auf Spielplätzen. In einer solchen brenzlichen Situation noch die Retter richtig zu lotsen kann zu einem echten Problem werden.



-Daniel Rütter-

Fraktionsvorsitzender

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eintrag 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

61.1001: Bauaufsicht, baubehördliche Beratung und Information, Denkmalschutz- und pflege (S. 274)

Die Aufwendungen für die Bearbeitung der Denkmalliste werden von 1.000 EUR um 1.000 EUR auf 2.000 EUR erhöht. Dieser Ansatz wird bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums als Sockelbetrag festgeschrieben. In Kombination mit der ebenfalls beantragten Anhebung des Stellenanteils für den Denkmalschutz und durch die damit verbundene sukzessive Bearbeitung der Denkmalliste kann die Bearbeitungszeit verkürzt werden, sodass eine größere Anzahl von Anträgen/Norlagen bearbeiten werden kann.

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eingang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

61.1001: Bauaufsicht, baubehördliche Beratung und Information, Denkmalschutz- und pflege (S. 274)

Der Ansatz der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wird von 22. 900 EUR um 12. 000 EUR auf dann 34. 900 EUR erhöht. Damit werden Mittel für die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats zur Verfügung gestellt. Die Mitglieder erhalten für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Anlehnung an Vorschläge der Architektenkammer NW für Preisrichterhonorare.

Ein Gestaltungsbeirat ist ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung von Neu- und Umbauten. Seine Zusammensetzung und Besetzung legt der Rat durch Geschäftsordnung fest.



# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Pastor-Leinung-Platz 10, 47533 Kleve

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus

47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
<i>W. Tekath</i> 21. Nov. 2019 I, II, III, 10, 20
ANL.: _____

# SPD

**Vorsitzende:**

**P. Tekath**

20.11.2019

**Tel.:** 02821/84337

**FAX:** 84370

**E-Mail :**

[spdratsfraktionkle-](mailto:spdratsfraktionkleve@gmx.de)

[ve@gmx.de](mailto:spdratsfraktionkleve@gmx.de)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die SPD Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, mit welchen Rahmenbedingungen ein Förderprogramm „Jung kauft Alt – junge Leute kaufen alte Häuser“ in Kleve umgesetzt werden kann.

### **Begründung:**

Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum und Baugrundstücken wird in der Stadt Kleve in den nächsten Jahren verstärkt bestehen bleiben. Die Ausweisung von neuen Baugebieten wird in Zukunft jedoch schwieriger. Gerade junge Paare und Familien mit Kindern ziehen auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Nachbarkommunen. Auf der anderen Seite gibt es ältere Einwohner, denen die Pflege von Haus und Garten zur Last wird und die in eine kleinere Wohnung umziehen möchten.

Mit einem Förderprogramm „Jung kauft Alt – junge Leute kaufen alte Häuser“ können diese Gruppen zusammengebracht werden.

Um jungen Paaren und Familien mit Kindern die Schaffung von Wohneigentum in Kleve zu erleichtern, könnte die Stadt Kleve den Erwerb von Altbauten (Gebäude älter als 25 Jahre) fördern.

In Nordrhein-Westfalen bestehen solche Förderprogramme zum Beispiel in den Gemeinden Hiddenhausen und Alpen.



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve**

**SPD**

- 2 -

In Hiddenhausen wird die Erstellung eines Altbaugutachtens mit 600,- Euro gefördert. Der Erwerb eines Altbaus wird über eine Laufzeit von 6 Jahren mit einem Grundbetrag von 600,00 € jährlich und einem Erhöhungsbetrag von 300,00 € jährlich für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr gefördert. Zudem kann eine energetische Sanierung gefördert werden. In der Gemeinde Hiddenhausen beträgt der Höchstbetrag für die laufende Förderung 1.500,00 € jährlich.

Mit dem Prüfauftrag soll zunächst festgestellt werden, ob in Kleve ein Bedarf an einer solchen Förderung für den Erwerb von Altbauten besteht. Zudem soll ein Vorschlag für die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen erstellt werden.

Die Verwaltung soll hierzu bis zum 01.05.2020 berichten.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Kumbrink  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender



**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Empfang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

61.1001: Bauaufsicht, baubehördliche Beratung und Information, Denkmalschutz- und pflege (S. 274)

Die Stelle für den Bereich des Denkmalschutzes (Produkt 1001) wird dauerhaft von 0,5 FTE auf 1,0 FTE angehoben.

Prüfung und etwaige Unterschutzstellung von Gebäuden, die auf der Liste des Klevischen Vereins stehen, dauern bei maximal 10 Unterschutzstellungsverfahren (siehe: Grunddaten) pro Jahr viele Jahre. Diese Zeitspanne kann Unklarheiten bei Gebäudebesitzern und Bauwilligen hervorrufen. Die schnellere Bearbeitung der Liste könnte auch Klagen gegen Unterschutzstellung vorbeugen.

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eingang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

61.1001: Bauaufsicht, baubehördliche Beratung und Information, Denkmalschutz- und pflege (S. 274)

Die Zuschüsse an Dritte im Rahmen des Denkmalschutzes werden von derzeit 10.000 EUR um 5.000 EUR auf 15.000 EUR erhöht. Dieser Haushaltsansatz wird der Finanzplanung bis 2023 als Sockelbetrag zugrunde gelegt.

Höhere Mittel für Zuschüsse im Rahmen der Denkmalpflege entsprechen der ebenfalls beantragten dauerhaften Stellenanhebung und der Verdopplung der Mittel für die Bearbeitung der Denkmalliste.

Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020

Eingang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

66.1201: Straßen, Unterhaltung öffentlicher Verkehrsflächen (S. 291)

*Die Grunddaten für den Radwegeausbau werden von 1.500 Meter um 1.200 Meter auf 2.700 Meter erhöht und damit dem Ist des Haushaltsjahres 2018 angepasst.*

Mit dem Haushaltsentwurf hat die Stadt erfreulicherweise damit begonnen, die von ihr mit dem Haushalt 2019 eingeleitete Leistungskürzung beim Radwegeausbau wenigstens teilweise zurückzunehmen.

Im Landtag haben CDU und FDP ein Fahrradgesetz angekündigt, mit dem unter anderem eine Verdreifachung des Radverkehrs angestrebt wird. In Kleve hat der Haupt- und Finanzausschuss zum Haushalt 2019 einstimmig beschlossen, die Beschleunigung der Umsetzung von Radwegeverkehrsmaßnahmen zu prüfen. Nun müssen auch konkrete Schritte folgen.

Mit zusätzlichen und besser ausgebauten Radwegen und hochwertigen Fahrrad-Parkmöglichkeiten wird es auch in Kleve immer weniger Gründe geben, sich mit einem Auto in den allmorgendlichen Stau zu stellen.

Kleve, den 21.11.2019

Stadt Kleve  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Beleuchtung Straße Buchholz/Marienschule

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt,

im Bereich der Straße Buchholz in Reichswalde sowie im Bereich der Marienschule (Parkplatz) in Materborn eine bessere Ausleuchtung durch zusätzliche Laternen sicherzustellen.

Begründung

Die im Antrag erwähnte Bereiche sind insbesondere durch Kinder des Kindergartens Kleeblatt sowie Besucher des Lehrschwimmbeckes der Marienschule - auch in den Abendstunden und zur Winterzeit - gut frequentiert. Hier ist die vorhandene Beleuchtung nicht ausreichend, so dass zur Verbesserung der Sicherheit die zusätzliche Installation von Beleuchtungseinrichtungen notwendig ist.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Gebing  
Fraktionsvorsitzender

X X X

11

**Fraktion „Unabhängige Klever“  
im Rat der Stadt Kleve**

**Stadt Kleve  
Bürgermeisterin Sonja Northing  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve**

Kleve, 12.11.2019

**Antrag: Einsatz von „True Amber LEDs“**

Sehr geehrte Frau Northing,

die Fraktion „Unabhängige Klever“ beantragt, dass beim weiteren Ausbau und Austausch von LEDs nur noch sogenannte „True Amber LED“ Verwendung finden.

**Begründung:**

Die Straßenbeleuchtung und andere Lichtquellen in Kleve werden sukzessive auf LED Technologie umgestellt. Dies ist energetisch vorbildlich und sollte weiter forciert werden.

Oft verwendete LEDs verwenden jedoch weißes Licht mit einem hohen Blaulichtanteil, durch den viele Insektenarten in ihrem natürlichen Verhalten gestört werden. Angelockt vor allem von Lichtquellen mit blauen Lichtanteilen umschwärmen die Tiere die Straßenbeleuchtung und andere Lichtquellen bis zur völligen Erschöpfung. Da „die Hälfte aller Insektenarten nachtaktiv ist“<sup>[1]</sup>, ist die Problematik nicht unerheblich.

Sogenannte „True Amber LEDs“ verzichten auf den Insekten irritierenden Blaulichtanteil. Der Faktor Licht auf das Insektensterben kann durch den Ansatz von „True Amber LEDs“ somit deutlich reduziert werden.

**Referenzen**

[1] Bunk K.; „Pressemitteilung - Insektensterben durch Lichtverschmutzung!?“; Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei; <https://www.igb-berlin.de/news/insektensterben-durch-lichtverschmutzung> ; Juni 2018; zuletzt besucht am 12.11.2019

Mit freundlichen Grüßen  
Unabhängige Klever (UK)

  
Dr. Fabian Merges  
Fraktion Unabhängige Klever

Pastor-Leinung-Platz 10, 47533 Kleve  
Internet: [unabhaengige-klever.de](http://unabhaengige-klever.de)  
Email: [info@unabhaengige-klever.de](mailto:info@unabhaengige-klever.de)

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eintrag 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

66.1201: Planung und Neubau öffentlicher Verkehrsflächen (S. 300)

Der Haushaltsansatz für das Bauvorhaben 7000298 (Bresserbergstraße) in Höhe von 66.000 EU wird gestrichen.

Die Planung wird eingestellt.

**Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020**

Eingang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

**66.1201: Planung und Neubau öffentlicher Verkehrsflächen (S.292)**

Die Planungskosten in Höhe von 80.000 EUR für ein Mobilitätskonzept werden mit einem Sperrvermerk zugunsten des Rates versehen.

Die Eckdaten und Ziele eines Mobilitätskonzepts sollen federführend vom Rat erarbeitet werden, unter Einbindung der Fachausschüsse und unter aktiver Beteiligung der Öffentlichkeit. Um diese Beratungsfolge zu sichern, ist ein Sperrvermerk erforderlich.

Kleve, den 21.11.2019

Stadt Kleve  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Verkehrsberuhigung Friedrich-Ebert-Ring

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt,

die Verwaltung möge prüfen, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der bereits bestehenden Tempo-30-Zone auf dem Friedrich-Ebert-Ring eingehalten wird.

Begründung

Bei dem Friedrich-Ebert-Ring handelt es sich um ein gut ausgebaute, breite Straße, die dazu verleitet, die zulässige Geschwindigkeit zu überschreiten. Es kommt hier zu Gefährdungen gerade von Kindern, da in der unmittelbaren Nähe zwei Kindergärten vorhanden sind und die Straße auch als Schulweg insbesondere zur Karl-Leisner-Schule genutzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Gebing  
Fraktionsvorsitzender



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Stadt Kleve  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Verkehrsberuhigung Spyckscher Baum

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt,

die Verwaltung möge prüfen, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, eine Reduzierung der Fahrtgeschwindigkeiten auf der Straße Spyckscher Baum zu erreichen.

Begründung

Die Straße Spyckscher Baum wird zunehmend auch von Durchgangsverkehr genutzt. Häufig kommt es zu Geschwindigkeitsüberschreitungen, die auch eine Gefährdung von Radfahrern zur Folge haben.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Gebing  
Fraktionsvorsitzender

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Antrag Hammscher Weg in Kleve-Kellen

Stadt Kleve

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt,

die Verwaltung möge prüfen, durch welche Maßnahmen eine Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Straße Hammscher Weg in Kellen erreicht werden kann.

#### Begründung

Die Straße Hammscher Weg in Kellen ist gerade im Bereich zwischen der Siedlungsbebauung und dem angrenzenden Gewerbegebiet nicht gut ausgebaut. Die Straße ist schmal, verfügt nicht über Gehwege und Beleuchtung. Die Straße wird zunehmend stark frequentiert, unter anderem auch durch Schwerlastverkehr des Durchgangsverkehrs. Hier soll durch geeignete Maßnahmen eine Verbesserung erreicht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Gebing  
Fraktionsvorsitzender



Fraktion  
im Rat der Stadt Kleve

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus  
47533 Kleve

Pastor-Leinung-Platz 10  
47533 Kleve

Kleve, den 18.11.2019

## **Antrag**

### **Mehr Reichswald, Ketelwald und Mookerheide: Natur und Naherholung für uns und unsere Gäste**

#### **Beschreibung**

Für Fußgänger, Jogger, spielende Kinder, Tourenradfahrer, Mountainbiker, Reiter, Naturliebhaber, Touristen und Einheimische könnte der Reichswald, die Mookerheide und der Ketelwald der Platz sein, um nach der Arbeit, nach der Schule oder am Wochenende Freizeit zu verbringen. Arbeitnehmer könnten gerne am vielfältigen Niederrhein an deutscher oder niederländischer Seite wohnen wollen; dort wo Reichswald, Ketelwald und Mookerheide einen hohen Freizeitwert haben. Übernachtungen und Gastronomie könnten den kommunalen Haushalten einen konstanten Geldfluss bescheren. Ein gut genutzter Wald ist ein Standort- und Wirtschaftsfaktor. Daten aus dem Kreis Kleve lassen den Schluss zu, dass der wirtschaftliche Schatz ‚Reichswald‘ nicht gehoben wird.

Ein gut genutzter Wald muss aber auch schön sein und ursprüngliche Natur bieten, die den vielfältigen Besuchern so viel wie möglich über Wege erschlossen und zugänglich ist. In Zeiten des Klimawandels leistet der Wald einen Anteil als CO<sub>2</sub>-Speicher und als Temperaturpuffer; insbesondere kann dies ein naturnaher Wald.

Mit dem Projekt kann ein Beitrag geleistet werden zu den folgenden Zielen für nachhaltige Entwicklung: Gesundheit, sauberes Wasser, Nachhaltiger Konsum, Klimaschutz, Leben auf dem Land.

#### **Projektgebiet**

Das Projektgebiet umfasst den Reichswald, den Ketelwald, die Mookerheide und die Grenzbereiche im Übergang zu den Randgebieten (städtische Gebiete Kleve, Nijmegen, Berg en Dal, landwirtschaftliche Flächen Gennep, Berg en Dal, Kleve, Kranenburg und Goch, Naturgebiete Berg en Dal, Gennep und Kranenburg).

Der Groesbeeker Wald, die Mookerheide, der Teufelsberg und der Sint Jansberg sind schon attraktive, touristisch gut erschlossene Wald- und Heidegebiete („Nederreichswald“), weil sie Kern des touristischen Profils der Gemeinden Berg en Dal, Gennep und Nijmegen sind. Über die Grenze gibt es jedoch keine gemeinsamen Planungen und Initiativen, um die

Natur und die Region zu stärken.

### **Konkrete erste Maßnahmen könnten sein**

- Wege zu Naturwaldflächen zugänglich machen
- Getrennte Wege für Reiter, Mountainbiker, Wanderer einrichten
- Alte Wege („Römerstraßen“) zugänglich machen
- Kriegsschauplätze erlebbar machen
- Wiedervernässung alter Feuchtbiotop
- Erlebnisspielplätze für die Kinder Kindgerechte Wanderrunden
- Naturwaldverbund alter Baumrestbestände

### **Ziel**

Das Ziel des Projektvorschlags ist, den Erholungswert, den Naturzustand, die Klimaschutzfunktion und den wirtschaftlichen Wert für die Umgebung des Reichswalds/Ketelwald und Mookerheide zu erhöhen.

Mit einem Gutachten sollen Chancen ausgelotet und erste konkrete Vorschläge erarbeitet werden.

### **Projektstruktur**

Die Stadt Kleve ist Träger der Projektstudie. Die Gemeinden Kranenburg, Berg en Dal, Gennep, Wald und Holz, Staatsbosbeheer, Natuurmonumenten und Nabu sind die vorgesehenen Projektpartner. Die Projektpartner begleiten auch die Projektstudie.

Andere potentielle Projektpartner können sich anschließen (z.B. Stadt Goch, Stadt Nijmegen, Gemeinde Mook en Middelaar, Gemeinde Heumen, werkgroep Milieubeheer Berg en Dal).

Die Ausarbeitung des Projekts wird von einer Steuerungsgruppe begleitet; in dieser sind Projektträger, Projektpartner und die Initiativnehmer des Projekts vertreten.

### **Bisherige Mitarbeit:**

Wolfgang Gebing, CDU Kleve

Dr. Hedwig Meyer-Wilmes, Bündnis 90/Die Grünen Kleve

Rona Vree, GroenLinks, Berg en Dal

Dietrich Cerff, Nabu Kranenburg

Andreas Mayer, Grüne Kranenburg

Christian Kersten, CDU Kranenburg

### **Finanzierungsansatz**

Die Stadt Kleve, die Gemeinden Kranenburg, Berg en Dal und Gennep, Wald und Holz, Staatsbosbeheer und Natuurmonumenten tragen je € 5.000,- zum ersten Gutachten bei (zusammen 50%); die restlichen 50% Projektmittel können vermutlich als Fördermittel (Interreg Programm/ Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ELER) akquiriert werden.

Totaler voraussichtlicher Kostenansatz € 70.000,- excl. MwSt. und Eigenleistungen der Projektpartner.

### **Zeitplan**

- Ratsbeschluss Kleve (12/2019)
- Starttermin mit Projektpartnern zur Teilnahme/Finanzierung der Projektstudie (3/20)
- Stellen Förderantrag (6/20)
- Gutachtenbeauftragung (10/20)
- Gutachten (4/21)
- Diskussion des Ergebnisses im Rat (6/21)

### **Vorhandene Studien**

- Routeboek Gennep, 'Vrije tijdseconomie' 2017
- Kadernota Toerisme Berg en Dal 2016
- Projectplan mountainbiker: Routenetwork in het Rijk van Nijmegen 2015

### **Primäre Entwicklungslinien**

- Verbessertes Wegenetz für Wanderer/Jogger, Reiter, Mountainbiker und Radfahrer: Erleben von Natur, Orientierung teils an historischen Wegeverbindungen, historischen Bezügen (z.B. Römerwege, Kaiser Otto, Napoleon, Weltkriege, Schmugglerwege)
- Weiterentwicklung des Waldes zu einem mehr natürlichen Laubwald, Stärkung der Waldökosysteme, Vernässung alter Feuchtbiotope, Verbindung von Inseln alter Bestände, Wald als Klimapuffer und CO<sub>2</sub>-Speicher

## Projektgrenzen



## Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Kleve beschließt:

- Die Stadt Kleve stellt € 5.000,- zur Verfügung zur Ausarbeitung der Gutachtens: Mehr Reichswald/Ketelwald/Mookerheide: Natur und Naherholung für uns und unsere Gäste
- Die Stadt Kleve tritt auch gegenüber Subventionsgebern und Dritten als Projektträger auf.

Mit freundlichen Grüßen

*Dr. Hedwig Meyer-Wilmes*

Dr. Hedwig Meyer-Wilmes  
Bündnis 90/Die Grünen

gez. W. Gebing

Wolfgang Gebing  
CDU

Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020

Eingang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

61.1401 Umweltschutz (S. 281)

*Die Aufwendungen für Klimaschutzmaßnahmen der Stadt werden von 50.000 EUR um 50.000 EUR auf 100.000 EUR erhöht. Der Sperrvermerk zugunsten des Rates bleibt bestehen.*

Für Umweltschutzmaßnahmen sind im Haushalt lediglich rd. 249.000 EUR vorgesehen; davon werden bereits 85.000 EUR für Personalausgaben verbraucht. Aus eigenen Mitteln finanziert Kleve (unbekannte)

Maßnahmen für den Umweltschutzes mit 152.000 EUR. Pro Einwohner investiert die Stadt im Jahr 2,83 EUR in den Umweltschutz, aber 23,41 EUR in Planung und Neubau von öffentlichen Verkehrsflächen. Der von der Stadtverwaltung für aktive Klimaschutzmaßnahmen veranschlagte Betrag von 50.000 EUR entspricht den Planungskosten einer Tartanbahn und wird dem in Kleve ausgerufenen „Klimanotstand“ nicht gerecht. Die Aufwendungen sollten mindestens verdoppelt werden.

Ratsmitglied Anne Fuchs: Anträge zum Haushaltsentwurf 2020

Empfang 21.11.19  
Ullrich

Stadt Kleve  
z. Hd. Herrn Stadtkämmerer  
Willibrord Haas  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, den 21.11.2019

Sehr geehrter Herr Haas,

zum Haushaltsentwurf 2020 übermittele ich Ihnen folgende Anträge:

61.1401 Umweltschutzmaßnahmen (S. 281)

*Der Betrag für Aufwendungen des Radwegekonzepts wird von 92.000 EUR um 73.000 EUR auf 165.000 EUR erhöht. Der Sperrvermerk zugunsten des Rates bleibt bestehen.*

Die Stadt erhält einen Zuschuss für ein Radverkehrskonzept in Höhe von 45.500 EUR. Für daraus abgeleitete bzw. noch abzuleitende Maßnahmen sind mehr Finanzmittel bereitzustellen für

- die beschleunigte Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen;
- Maßnahmen zur Realisierung des vom Verkehrsausschuss des Landtags bereits einstimmig befürworteten Ziels der Verdreifachung des Radverkehrs, das in einem Fahrradgesetz festgeschrieben wird;
- die Anpassung der Grunddaten für den Radwegeausbau (mindestens) an das Ist des Jahres 2018 (siehe Antrag zu 66.1201 zu S. 291).



020

011

**Fraktion „Unabhängige Klever“  
im Rat der Stadt Kleve**

**Stadt Kleve  
Bürgermeisterin Sonja Northing  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve**

Kleve, 12.11.2019

**Prüfantrag: Aufnahme Klever E-Ladesäulen in weitere  
Abrechnungsverbundsysteme**

Sehr geehrte Frau Northing,

die Fraktion „Unabhängige Klever“ beantragt, durch die Stadtwerke Kleve zu prüfen zu lassen, ob es möglich ist alle Klever Ladesäulen in weitere Abrechnungsverbundsysteme aufzunehmen und welche Kosten hierfür für Stadtwerke und/oder Stadt Kleve entstehen.

**Begründung:**

Die Abrechnung an E-Ladesäulen ist eines der Hauptprobleme der jetzigen E-Mobilität. Um möglichst vielen Nutzern das Laden an den Klever E-Ladesäulen zu ermöglichen, soll geprüft werden, ob die Aufnahme in weitere Abrechnungssysteme wie bspw. Shell Recharge, GetCharge oder Chargemap möglich sind.

Mit freundlichen Grüßen  
Unabhängige Klever (UK)

  
Dr. Fabian Merges

# Freie Demokraten

## FDP KLEVE

### *Freie Demokraten im Rat der Stadt Kleve*

FDP Ratsfraktion – Postfach 1955 – 47517 Kleve

**Daniel Rütter**  
Fraktionsvorsitzender

Mobil 0178 8459292

[daniel.ruetter@gmail.com](mailto:daniel.ruetter@gmail.com)

**FDP Ratsfraktion**  
Pastor-Leinung-Platz 10  
47533 Kleve  
Tel. (02821) 2 80 98  
info@fdp-kleve.de

#### **Antrag biologisch abbaubare Hundekotbeutel**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

ich bitte Sie folgenden Antrag der FDP im Rat der Stadt Kleve auf die Tagesordnung zu setzen:

Die Verwaltung wird mit der Umstellung der hiesigen Hundekotbeutel-Spenderstationen beauftragt. Statt der herkömmlichen Plastiktüten sollen dort nur noch biologisch abbaubare und umweltfreundliche Kotbeutel zur Verfügung gestellt werden.

#### **Begründung:**

Vielerorts stechen Klever Passanten eine Vielzahl von achtlos in die Umwelt geworfener Hundekotbeutel in die Augen. Es gibt kaum eine Plastiktüte, die eine derart geringe Verwendungsdauer hat. Werden diese allerdings unsachgemäß entsorgt, dauert es Jahrhunderte, bis sie sich vollständig zersetzen. Allerdings gibt es sehr viel ökologischere Alternativen zu den konventionellen Beuteln. So können diese beispielsweise auf Grundlage von Maisstärke und somit plastikfrei produziert werden.



-Daniel Rütter-

Fraktionsvorsitzender

**www.fdp-kleve.de**



Ø 20

Ø 11

## Fraktion „Unabhängige Klever“ im Rat der Stadt Kleve

Stadt Kleve  
Bürgermeisterin Sonja Northing  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Kleve, 12.11.2019

### Antrag: Destination Charging für Klever Industriegebiete

Sehr geehrte Frau Northing,

die Fraktion „Unabhängige Klever“ beantragt, der Rat möge beschließen, die Stadtwerke Kleve damit zu beauftragen ein Konzept für ein sogenanntes „Destination Charging“ für die Wirtschaft auszuarbeiten bzw. ausarbeiten zu lassen.

#### Begründung:

Die Bedeutung und der Anteil von E-Fahrzeugen steigen stetig. Diesen Trend will u.a. die Bundesregierung durch verschiedene Maßnahmen unterstützen.

Für Firmen, speziell Fuhrparkmanager, stellt sich immer häufiger die Frage, ob reine E-Fahrzeuge oder sogenannte Plug-In Hybride Teil des Fuhrparks werden sollen. Negativ für Geschäftsleute ist die Tatsache, dass vor Ort während eines Geschäftstermins keine Lademöglichkeiten bereit stehen. Durch diese Situation sind Reisende gezwungen, an dem nächst gelegenen Schnelllader einer Autobahnraststätte zu warten. Dies kostet Zeit, die besser für einen Firmenbesuch genutzt werden könnte. Kumuliert auf ein Jahr rentieren sich E-Fahrzeuge aufgrund der langen Standzeiten an Autobahnraststätten aktuell nicht.

Eine Lösung für solche Fälle bietet ein Lösungsansatz, der als „Destination Charging“ bezeichnet wird. Dadurch werden Möglichkeiten zum Nachladen während eines Geschäftstermins geschaffen, so dass unproduktive Ladepausen entfallen.

Die Stadtwerke, die bereits Ladestationen betreiben, an denen sie Strom verkaufen, sollen als Beitrag zur Klever Wirtschaftsförderung ein Konzept für die Klever Industriegebiete erarbeiten, um Vor-Ort-Laden zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen  
Unabhängige Klever (UK)

  
Dr. Fabian Merges

Fraktion Unabhängige Klever

Pastor-Leinung-Platz 10, 47533 Kleve  
Internet: [unabhaengige-klever.de](http://unabhaengige-klever.de)  
Email: [info@unabhaengige-klever.de](mailto:info@unabhaengige-klever.de)



Fraktion  
im Rat der Stadt Kleve

Pastor-Leinung-Platz 10  
47533 Kleve  
Fon: 02821 84338  
Mail: gruene.fraktion.kleve@t-online.de

Kleve, den 19.11.2019

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus  
**47533 Kleve**

## **Antrag auf Schaffung von sicheren Radwegen/Radfahrstraßen für Schüler und Alltagsradler - Prüfantrag**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

u.a. aus Klimaschutzgründen muss jede Anstrengung unternommen werden, möglichst viele Menschen zum Fahrradfahren zu animieren. Radwege müssen sicher sein, so dass sie auch von Schulkindern genutzt werden können. Wir weisen hiermit auf notwendige Maßnahmen hin und beantragen entsprechende Haushaltsmittel, um die Planungen voran zu treiben:

1. Lückenschluss zwischen Gemeindeweg/Materborn und Mittelweg/Kleve: Ab Ende Gemeindeweg bis Anfang Mittelweg fehlt ein Radweg über die Dorfstraße und den Kirchweg in Materborn. Von Reichswalde kommend ist bereits ein großes Stück als Radfahrstraße deklariert, der Mittelweg selbst ist mit einem Radweg ausgestattet, der benutzt werden kann. Für das Stück dazwischen fehlt noch eine Lösung. Das können Schutzstreifen sein, aber auch eine Umwidmung zur Fahrradstraße ist denkbar.

2. Fahrradstraße vom Moritzpark bis Materborn: Kolpingstraße von der Nassauer Allee bis zur Weyerstege, Weyerstege mit Übergang Lindenallee und Triftstraße, Sackstraße bis zur Querallee. Mit einer Fahrradstraße in diesem Bereich wäre parallel zur Hoffmannallee eine schnelle Verbindung für Radfahrer zu realisieren.

In diesem Zusammenhang ist der Antrag im Ausschuss für Bürgeranträge von September 2019, die Ackerstraße für Radfahrer anzupassen, ebenfalls zu berücksichtigen.

3. Die Planungen für den Radweg von der HSRW östlich des Kermisdahls über Nellewardgen bis Wardhausen, ein abseits des Autoverkehrs idealer Radweg für Schüler, Beschäftigte im Industriegebiet und für Touristen, müssen forciert werden.

4. Radverkehr durch die Innenstadt von der Ober- in die Unterstadt ist tagsüber nur über

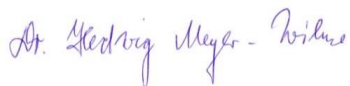
die Arntzstraße/Grüner Heideberg/Großer Markt möglich, die Benutzung von Marktstraße und Hopfensackstege als Einbahn- bzw. Anliegerstraße nicht erlaubt. Der Radfahrer muss über Schweinemarkt, Weberstraße und Karlstraße auf die Heldstraße ausweichen oder gleich Heldstraße oder Gruft benutzen. Damit befindet er sich jedoch schon außerhalb der Innenstadt und außerdem auf gefährlichen Straßen.

Die Alternativstrecke (Moritzpark zum Kermisdahl) ist als Fußgängerweg ausgewiesen und durch drei Sperrungen ohnehin keine Lösung, genau wie die Schlosstorstraße, die aus Mangel an Alternativen jedoch von vielen Radfahrern genutzt wird.

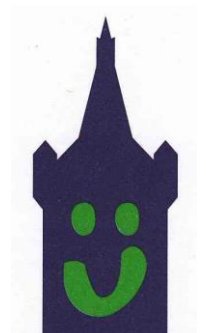
Ein vernünftiges Konzept für den Radverkehr sähe sternförmige Radfahrstraßen bzw. Radbahnen von der Innenstadt in die verschiedenen Ortsteile vor.

Diese Beispiele mögen genügen, um das Erfordernis konkreter und zügiger Planungen zu verdeutlichen. **Wir beantragen bis April 2020 eine Drucksache vorzulegen, in der konkrete Maßnahmen mit Zeitplan vorgeschlagen werden.**

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hedwig Meyer-Wilmes  
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Kleve



# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Pastor-Leinung-Platz 10, 47533 Kleve

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus

47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
<i>M 22</i> 21. Nov. 2019 <i>I, II, III, 10, 20</i>
ANL.: _____

# SPD

**Vorsitzende:**

**P. Tekath**

20.11.2019

**Tel.:** 02821/84337

**FAX:** 84370

**E-Mail :**

[sdratsfraktionkleve@gmx.de](mailto:spratsfraktionkleve@gmx.de)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die SPD Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob mit der Einführung einer sogenannten Baulandsteuer (Grundsteuer C) in der Stadt Kleve in einem nennenswerten Umfang Wohnraum entstehen kann.

### **Begründung:**

In einigen Städten besteht ein erheblicher Wohnungsmangel. Die damit verbundene Entwicklung der Werte der Grundstücke wird vermehrt dazu genutzt, baureife Grundstücke als Spekulationsobjekt zu halten. Grundstücke werden teilweise nur aufgekauft, um eine Wertsteigerung abzuwarten und die Grundstücke anschließend gewinnbringend wieder zu veräußern. Diese Spekulation mit Bauland verhindert, dass dringend benötigter Wohnraum entsteht.

Im Kampf gegen die Wohnungsnot ist die sogenannte Grundsteuer C ein denkbares Druckmittel, Spekulanten davon abzuhalten, Bauland brachliegen zu lassen.

Mit dem Grundsteuer-Reformgesetz sollen Gemeinden ab 2025 für baureife, aber unbebaute Grundstücke einen höheren Hebesatz festlegen können, wenn auf diesen keine Bebauung erfolgt. Diese sog. Grundsteuer C verteuert damit die Spekulation und schafft finanzielle Anreize, auf baureifen Grundstücken tatsächlich auch Wohnraum zu schaffen.

Auch in der Stadt Kleve wird in den nächsten Jahren die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum und Baugrundstücken unverändert hoch bleiben.



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve**

**SPD**

- 2 -

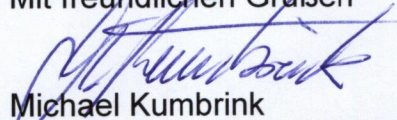
Für die SPD-Fraktion stehen bei der möglichen Einführung einer Grundsteuer C nicht die finanziellen Einnahmen im Vordergrund. Die Grundsteuer C sollte nur dann eingeführt werden, wenn damit Wohnraum in einem nennenswerten Umfang geschaffen werden kann.

Die Verwaltung soll deshalb bereits jetzt prüfen, in welchem Umfang in Kleve baureife, aber unbebaute Grundstücke bestehen.

Die Verwaltung soll hierzu bis zum 01.05.2020 berichten.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Kumbrink  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender





## **Antrag 2 – Zuschuss zu einer Personalstelle -Theater im Fluss e.V. 2020**

Eine Fachkraft für Verwaltung und Bürokommunikation, die auch einen Teil der Öffentlichkeitsarbeit durchführt, wird notwendigerweise ab 2020 mit 20 Stunden pro Woche eingestellt. Theater im Fluss beantragt hiermit als Zuschuss **19500 €**

### **Begründung**

Die Stelle stützt das Rückgrat der gesamten Arbeit von Theater im Fluss.

Der Mindeststandard für geförderte Jugendkunstschulen im Land NRW wurde von der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendkunstschulen NRW mit mindestens einer halben Stelle angegeben.

Für eine volle Stelle gilt der Richtwert von 800 Angebotsstunden!

Die Jugendarbeit bei Theater im Fluss wird jedoch zurzeit mit einer halben Stelle mit 1830 Angebotsstunden durchgeführt (d.h. über das Vierfache).

Im Jahr 2019 erreichen wir mit allen Jugendangeboten zum ersten Mal über 1000 aktive Teilnehmer\*innen (ohne Publikum).

Zusätzlich finden viele Querschnittsaufgaben statt.

Seit dem ersten Jahr der Förderung der Stadt Kleve (10.000 €) hat sich die Arbeit insgesamt verdoppelt.

Durch zahlreiche Projekte entstehen vielfältige Mehraufgaben auch im Overheadbereich, den Ehrenamtler allein nicht mehr abfangen können.

Diese Bürofachkraft organisiert und verwaltet zudem:

- „Kultur macht stark“ – Abenteuergarten (Projekt aus Bundesmitteln)
- die Kunstbude und Aufgaben der Quartiersarbeit
- den „Kulturrucksack“ (Projekt der Stadt Kleve aus Landesmitteln)
- „Kultur- und Schule“- Projekte
- Projekte aus dem Landesjugendplan (z.B. „Stadtteilkunst“)
- die Move Factory
- die Kulturgarage (Jugendinitiative, Migrantengruppen, Veranstaltungen)
- den Verleihpool (Bühnenpodeste, 120 Stühle, Kostüme, Vorhänge u.a.)
- die Raumvergabe
- Neue soziokulturelle Aktivitäten auf dem Panniergelände.



Bei der Projekt- und Finanzrecherche ist diese Verwaltungskraft ebenfalls behilflich.

Zudem gibt es viele Arbeitsanfragen verschiedener Träger und Gruppen, denen wir wegen des geringen Finanz- bzw. Personalpool bisher nicht nachkommen konnten. Auch hier ergeben sich neue Möglichkeiten.

Im Jahr 2019 wurde die Handlungsfähigkeit von Theater im Fluss zusätzlich durch den Verkauf des Panniergeländes beeinträchtigt.

Seitdem müssen wir auf einige „professionelle“ Ehrenamtler im Organisationsbereich verzichten, die sich bei Kauf des Panniergeländes an eine Stiftung weiter eingebracht hätten.

Durch die halbe Stelle im Verwaltungsbereich der Kinder- und Jugendarbeit wird die Arbeit stabilisiert, so dass zum ersten Mal eine Planungssicherheit des Vereins gewährleistet ist.

Der Generationenwechsel im Fachkräftebereich kann angegangen werden.

Die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der soziokulturellen Quartiersarbeit werden geschaffen. Theater im Fluss ist verstärkt in der Quartiersentwicklung tätig, so auch in der Netzwerk- und erweiterten Projektarbeit mit Jugendzentrum Kalle der Caritas, verschiedenen kommunalen Stellen oder dem St. Anna Stift (Outdoorcafe). Zurzeit laufen Kooperationsgespräche mit dem Kindergarten Lebensfluss und der Lebenshilfe. Ab Dezember 19 wird eine verstärkte Kooperation stattfinden.

Mit dem Projekt „Abenteuergarten“ in Kooperation mit der Beuys-Gesamtschule, dem Jugendzentrum Kalle und den Gemeinschaftsgärten Essbares Kleverland sind bereits Projektgelder aus dem Bundestopf „Kultur macht stark“ bis Ende 2020 bewilligt worden.

Die zusätzliche eine umfangreiche Organisations- Öffentlichkeits- und Büroarbeit können und dürfen nicht aus diesen Projekttöpfen bezahlt werden.

Die Gesamtheit der Arbeit macht diese halbe Stelle notwendig, andernfalls sind die Erfolge bisheriger Arbeit gefährdet.

Kleve, 7.11.19

H. Kleinecke (Leitung)

Yannis van Soest (Vorstand)



## **Antrag 1 – Zuschuss zu den Sachkosten -Theater im Fluss e.V. 2020**

Theater im Fluss e.V. beantragt bei der Stadt Kleve einen jährlichen Zuschuss von **18.000 €** als Zuschuss für die gestiegenen Sachkosten (Miete).

### **Begründung**

Die Miete ist durch die erweiterte Arbeit mit Nebenkosten auf 18000 € (Jahresabschluss 2018: 17000 €) gestiegen.

Im ersten Jahr (2011) der Förderung durch die Stadt Kleve (10000 €) betrug die Miete 9900 €.

Zunehmend werden die Räumlichkeiten von Schulen, Initiativen und Trägern der Jugendhilfe genutzt.

Die Projekte Kulturrucksack NRW, Stadtteilkunst (Landesjugendplan) Abenteuergarten (Bundesmittel) werden mit mehreren hundert Stunden in den Räumlichkeiten von Theater im Fluss durchgeführt, ohne dass von den öffentlichen Stellen eine Miete gezahlt werden kann.

Auch die Hochschule Rhein Waal führt seit drei Jahren das Modul Theaterpädagogik für die Student\*innen der Kindheitspädagogik hier durch.

Hier sei auch angemerkt, dass der Bedarf der Offenen Ganztagsangebote steigt und mit freien Trägern wie Theater im Fluss in naher Zukunft bewältigt werden kann. Es gibt verschiedene besprechbare Optionen der Kooperationen.

Zudem ist ab Frühjahr / Sommer 2020 die Anmietung eines Werkstattraums geplant.

### **Man beachte:**

Der Raum des Projektes Move factory fällt nicht unter die o.g. Mietkosten und wird als eigenständiger Posten behandelt! Theater im Fluss fungiert hier hauptsächlich als Verwalter.

Kleve, 7.11.19

H. Kleinecke (Leitung)

Yannis van Soest (Vorstand)



### **Antrag 3 - Sonderprojekt Kunstbude – Theater im Fluss 2019**

Die meisten Sonderprogramme können im Jahr 2020 durch neue Projektmittel oder Stiftungen / Spenden finanziert werden. Dies haben die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in diesem Jahr arrangiert.

Jedoch werden für die Arbeit an der Kunstbude „Sondermittel“ benötigt. (u.a. für die pädagogische Zusammenarbeit mit dem Kindergarten und Familienzentrum „Lebensfluss“, dem outdoorcafe (Kooperation mit Jugendzentrum Kalle und St. Anna Stift).

#### **Begründung**

Die Altersspanne der 10 bis 14-Jährigen wird von dem NRW-Projekt „Kulturrucksack“ abgedeckt.

Jedoch erreicht das Projekt „Kunstbude“ (im Musikerquartier am Spielplatz Beethovenstraße) mit kreativen Aktivitäten auch Kinder bis 10 Jahren sowie die Eltern. Im Winter besuchen die Eltern mit den Kindern, wenn an der Kunstbude witterungsbedingt nicht mehr gearbeitet werden kann, auch das Theater im Fluss.

Dazu werden Kulturpädagogen\*innen auf Honorarbasis angestellt.

Gearbeitet wird an 34 Tagen x 2 Personalkräfte (100 € pro Tag + 450 € Sachkosten).  
Wir beantragen einen Zuschuss von **3850 €**

Kleve, 7.11.19

H. Kleinecke (Leitung)

Yannis van Soest (Vorstand)

## **WIR IM QUARTIER – Quartier-Pioniere**

**Antrag für erste Maßnahmen zur Quartierentwicklung durch zwei 450 €-Stellen + Sachkosten**

- 1. Ein (mehrsprachiger) Quartier-Pionier**
- 2. Ein Quartiers-Pionier**

**angebunden an Theater im Fluss (Pionier- und Prüfphase 1.1.20 bis 31.12. 20)**

---

**Theater im Fluss ist in der soziokulturellen Praxis vor Ort tätig.**

**Eine reale Beteiligungskultur ist Basiselement und Erfolgsfaktor des gesamten Qualitätsmanagements.**

**Durch die Erfahrungen der Praxis, aktuelle Gespräche mit Quartiersbewohner\*innen, Mitteilungen der Mitarbeiter\*innen und Kommunikation mit Institutionen im Quartier sehen wir wichtige Bedarfslagen, auf die mit diesem Projekt eingegangen wird.**

### **Ausgangssituation:**

In der Oberstadt, zwischen Lindenallee, Königsallee, Mittelweg und Hoffmannallee befindet sich der Klever Stadtteil in der Quartiersentwicklung.,

“Die im Quartier lebende Wohnbevölkerung im Alter von 0-64 Jahren lebt beinahe doppelt so häufig von Leistungen des SGB II, als in der Gesamtstadt. Beinahe jeder dritte minderjährige Einwohner des Quartiers erhält Leistungen nach dem SGB II (32,3%), was auf eine hohe Anzahl von Kindern schließen lässt, die von Armut und eingeschränkten Teilhabechancen betroffen sind.” (aus einem Papier des FB Jugend und Soziales.)

Die Bevölkerungsentwicklung in diesem Stadtteil ist mit 4,1% (2017) ebenfalls überproportional (Kleve insgesamt 1,7%). Dabei stellen Bewohner\*innen mit Migrationshintergrund einen hohen Anteil dar (Ausländer über 20 %).

Durch die offene aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit von Theater im Fluss, wie z.B. an der Kunstbude an der Beethovenstraße ist TiF zu einem festen Bestandteil der Nachbarschaft geworden.

Verschiedene Dozenten bieten vielfältige kreative Aktionen für Kinder an. Dadurch entstanden vielfältige Kontakte zur Nachbarschaft und Quartiersbewohner\*innen. Z.B. ist der in diesem Zusammenhang Honorartätige Bassam Alkhouri ein immer wieder aufgesuchter Ansprechpartner für Eltern und Familien mit Migrationshintergrund. Als arabisch sprechender Syrer bringt er zunehmend Probleme in Erfahrung, aus denen sich Bedarfe für diesen Antrag ergeben.

**Dies geht jedoch über die pädagogische Arbeit an der Kunstbude hinaus.**

**Neben dem Schwerpunkt bei der ersten 450 Euro Stelle auf arabisch sprechende Bewohner soll die zweite 450 Euro Stelle sich auf deutsche und andere ausländische (insbesondere osteuropäische ) Bewohner\*innen konzentrieren.**

Spezifische Problembereiche haben sich insbesondere im Kontakt mit Migranten, aber auch älteren Deutschen aufgetan:

- Eine divergierende Kommunikationskultur
- Isolation und Abgrenzung gegenüber anderen Kulturen, insbesondere der Älteren / Alten
- Fehlende Kontakt- und Integrationsmöglichkeiten
- Informationsmangel
- Familiäre Krisensituationen
- Arbeitslosigkeit
- Soziales Konfliktpotential

Diese Stellen können die Probleme nicht auflösen können, jedoch schaffen diese **ersten Maßnahmen in der Quartiersentwicklung**, Grundvoraussetzungen für weitergehende Initiative und eine mögliche Integration.

Eine Einrichtung als Pionier- und Prüfphase für ein Jahr vom 1.1. bis zum 31.12. 20 scheint sinnvoll, um zeitnah auf dringende Herausforderungen reagieren zu können.

Eine Anbindung an die soziokulturellen Aktivitäten vom Verein Theater im Fluss, bei dem sich jetzt schon mehrere Migrantengruppen treffen, scheint sinnvoll.

**Es ist geplant für das Jahr 2020 folgende Maßnahmen einzurichten:**

- Eine Anlauf- und Informationsstelle im Quartier (eine wöchentliche Sprechstunde 2 Std.)
- Eine Ansprechperson für Probleme von Migranten - Problemanalyse
- Bildung eines Quartiersrates, ausgehend von Bewohner\*innen sowie Migration-Selbsthilfegruppen
- Regelmäßige Gemeinschaftstreffen der verschiedenen Kulturen
- Raumangebote für die „eigene“ Kultur
- Ergänzung zu anderen Maßnahmen im Quartier - Schnittstelle zu anderen kommunalen Instanzen z.B. zur Stabsstelle für Integration und Inklusion und oder der optional vom St. Anna-Stift aus ESF-Mitteln geschaffenen Stellen zur Quartierentwicklung (Informationsweitergabe)
- Anbindung an die soziokulturelle Arbeit, die Kinder- und Jugendarbeit auf dem Panniergelände (move factory, Theater im Fluss, Bildhaueratelier u.a.)
- Künstlerische und kreative Interventionen in Bezug auf kulturelle Ressourcen (z.B. Erzählcafés, Stadtteilkonzert im Musikerviertel) oder Problemfelder z.B. Veranstaltungen zum Thema „Flucht“
- Eine Zukunftswerkstatt in Bezug auf die Ausweitung soziokultureller Arbeit

- Mittelbeschaffung für kleinere Projekte (z.B. Heimatscheck NRW, Aktion Mensch, Gelder für Migrantenselbsthilfe)

### **Aufgaben und Aktivitäten:**

- Kontaktaufnahme zu **Familien** im Quartier aber insbesondere mit arabischer bzw. vorderasiatischer Herkunft (Länder wie Marokko, Iran, Irak, Syrien, Libanon)
- Zusammenstellen der Problemfelder dieser Bevölkerungsgruppen
- kreative Gemeinschaftstreffen
- Vermittlung zu Beratungsstellen und Freizeitangebote (Sport, Kultur usw.)
- Netzwerkarbeit mit Initiativen und Organisationen, insbesondere Kindergärten im Quartier, St. Anna Stift, Verein Mifgash, TBH, Caritas und Schulen
- Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, Fachbereich Arbeit und Soziales, Fachbereich Jugend und Familie, Integrationsausschuss usw.
- Organisation eines interkulturellen inklusiven Stadtteilstreffes
- Vorbereitung der weitergehenden Quartiersarbeit (insbesondere dem Antrag der Interessenbekundung des St. Anna Stift - Stichwort:ESF-Mittel)
- Teilnahme an adäquaten überregionalen Kongressen
- Jahresdokumentation der Arbeit

### **Mögliche Mitarbeiter**

Bassam Alkhouri ist als Syrer er mit dem arabischen Sprachraum bestens vertraut. Er war 16 Jahre als Kunstlehrer an weiterführenden Schulen in Damaskus tätig. Von 2003 bis 2005 machte er seinen Master Fine Arts an der Dutch Art Institute Hochschule in Enschede, Niederlande Nach seinem Studium kehrte er nach Syrien zurück und arbeitete als Künstler an verschiedenen Projekten. Von 2008 bis 2011 leitete er als Projektmanager das museumspädagogische Projekt im National Museum Damaskus. Seit 2011 lebt er mit seiner Familie in Kleve, Deutschland, inzwischen an der Königstraße. Zusätzliche Erfahrungen in Bezug auf Gelingensbedingungen in der Arbeit mit Migranten / Geflüchteten sammelte er u.a. bei seiner Arbeit bei dem Verein Mifgash und bei Theater im Fluss. In ständigem Austausch erfährt er praktisch täglich was unsere Neuklewer beschäftigt.

Max Knippert, Bildhauer und Künstler, war bereits mit stadtteilbezogenen Kunstaktionen und kulturpädagogischen Projekten im Quartier tätig u.a. in den Landes- und Bundesprojekten „Stadtteilkunst“ und „Abenteuergarten“. Zudem regte er in anderen Projekten Stadtplanungsprozesse mit Jugendlichen an. Als ausgebildeter Erzieher für Jugend und Heimerziehung und seine inzwischen mehrjährige Kunstpädagogische Arbeit in der Joseph-Beuys-Gesamtschule (beide Standorte) wie auch an der Grundschule An den Linden sowie in Kooperation mit Kalle ist er inzwischen fest in dem Stadtteil vernetzt und eingebunden.

## **Verwaltung – Beratung - Räume**

Die Stelle wird über die Buchhaltung und Organisation von Theater im Fluss verwaltet. Bei der Begleitung bringt sich ihr Geschäftsführer, der gelernte Diplom-Sozialpädagoge und Theaterpädagoge Harald Kleinecke, Bewohner des Quartiers, ehrenamtlich ein. In den 80er Jahren war er bereits in der Kiezarbeit in Berlin-Kreuzberg, der Förderung von Selbsthilfegruppen, der Organisation von Stadtteilstesten, beim Aufbau des Kinderbauernhofs Görlitzer Bahnhofs und in der Arbeit mit libanesischen Flüchtlingsfamilien tätig. Er entwickelte verschiedene mobile stadtteilbezogene aufsuchende Kreativitätsangebote z.B. Theater auf Rädern und Kulturbus / Kunstbude in der Südstadt.

Ingo Behr ist als Quartiersmanager bei der Stadt Kempen tätig. Er konnte im Klever Sozialausschuss bereits beratend vorsprechen und ist Initiator und Gründungsmitglied von Theater im Fluss – Verein zur Förderung von Spiel, Ausdruck und Kommunikation in allen Lebensbereichen. Nach wie vor ist er diesem ehrenamtlich verbunden. Er kann als Berater hinzugezogen werden. Somit kann das Projekt von seiner langjährigen Erfahrung als Quartiersmanager profitieren.

Die Räumlichkeiten von Theater im Fluss (Doppel-Preisträger des Young Europe Award NRW) stehen für die Arbeit und Veranstaltungen kostenlos zur Verfügung, Zusätzliche Räume und Infrastruktur wird nach Bedarf angemietet.

## **Kosten**

2 x 450 € + Abgaben (24 x 595 €)	14280 €
Honorar für besondere Aktivitäten	1200 €
Zusätzliche Mieten	800 €
Material	650 €
Verpflegung	500 €
Stadtteil – und Nachbarschaftsfestfest /veranstaltungen	1600 €
Druckmaterial und – erstellung	450 €
Fahrtkosten	300 €
Gesamt	19780 €
Eigenanteil Theater im Fluss	600 €
<b>Wir beantragen bei der Stadt Kleve</b>	<b>19180 €</b>



## **Zukunft**

Die beiden Quartierspioniere legen Grundlagen für die weitergehende Quartiersarbeit.

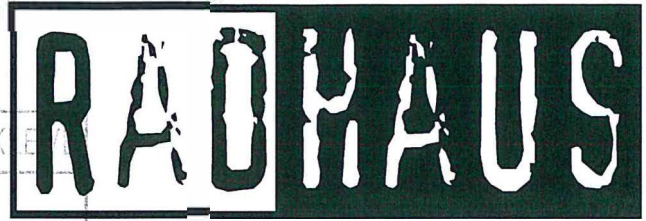
Ein Zwischenbericht im Oktober 2020 erörtert die Aktivitäten, die Problemanalyse, Kooperationen mit anderen Maßnahmen und Partnern sowie eventuelle Folgemaßnahmen wie zum Beispiel mögliche Ausweitung der Arbeit.

Ein Kontakt zu dem Drittmittelbeschaffer der Stadt Kleve ist bereits gelegt.

Kleve, 20.11. 19

Harald Kleinecke

Theater im Fluss



STADTVERWALTUNG KLEVE  
30. Okt. 2019  
ANL.: I, II, III 20

Klever Jugendwerk e.V. Postfach 1435 47514 Kleve  
Stadt Kleve  
Bürgermeisterin Sonja Northing  
Minoritenplatz 1  
47533 Kleve

Ø 10  
Ø III / 6.3.10

Kleve, den 28. Oktober 2019

**Betr.: Antrag Bauzuschuss**

Sehr geehrte Frau Northing,

Das Klever Jugendwerk e.V. befindet sich seit 2018 mit dem Vereinsheim „Radhaus“ in der Beantragungsphase zur Erhöhung der Besucherzahl auf 499 Personen im Rahmen der Sonderbauverordnung NRW als Versammlungsstätte. Nach einigen ergebnisorientierten Diskussionen mit dem Bauamt wurde ein Teil unseres aktuellen Antrags durch den im Kreis ansässigen Brandschutzbeauftragten negativ begutachtet und Nachbesserungen eingefordert.

Die von uns eingereichten Unterlagen basierten auf den bisherigen Genehmigungen als Versammlungsstätte von 1991. Diese spiegeln jedoch den aktuellen Stand im Bereich des Brandschutzes nicht wider. Wir sind natürlich bestrebt, die Erweiterung weiterhin zeitnah zu erreichen. Dazu müssen wir das Vereinsheim „Radhaus“ nun im Hinblick auf das derzeitige Brandschutzniveau befähigen, da für eine Nutzungsänderung kein Bestandsschutz geltend gemacht werden kann.

Die für die Befähigung notwendigen Baumaßnahmen wurden mittels des von uns beauftragten Brandschutzsachverständigen und dem Architekten eruiert. Gemäß den von uns bisher eingeholten Kostenvoranschlägen bewegen wir uns in einem Preisrahmen von mindestens 25.000 Euro.

Die bevorstehenden Kosten treffen uns aktuell unvorhergesehen und sind für uns als ehrenamtlichen Verein schwer zu bewerkstelligen. Wir würden gerne sehr schnell mit den Baumaßnahmen beginnen um auch größere Veranstaltung planen zu können und somit den Bedarf seitens der Jugendlichen und Studenten abdecken zu können.

Wir bitten um eine Prüfung von Fördermöglichkeiten und Aufnahme in den kommenden Haushalt.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Ing.(FH) Mario Koppers  
Vereinsvorsitzender des Klever Jugendwerk e.V.

**Klever** e.V.  
**Jugendwerk**  
Sommerdeich 37 • 47533 Kleve  
Tel.: 02821/183 92  
Fax: 02821/184 33

Boris Welle  
Schatzmeister des Klever Jugendwerk e.V.

NABU Naturschutzstation Niederrhein e.V. Im Hammereisen 27 E 47559  
Kranenburg  
Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Bürgermeisterin  
Kavariner Str. 20-22  
47533 Kleve

**Antrag der NABU-Naturschutzstation Niederrhein zur Förderung eines  
Projektes zum Schutz heimischer Insekten**

Sehr geehrte Frau Northing,

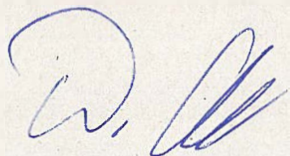
die NABU-Naturschutzstation Niederrhein plant derzeit ein Projekt zum Aufbau eines großen Angebotes an heimischen Topfpflanzen für Balkon, Garten und Grünanlagen, um einen Beitrag zum Schutz der heimischen Insektenwelt zu leisten. Hierfür werden wir mit verschiedenen Gartenbauunternehmen aus der Region kooperieren. Das Bundesumweltministerium (BMU) hat eine Förderung in Aussicht gestellt. Allerdings brauchen wir für das Projekt noch Finanzmittel zur Kofinanzierung, da unser Verein nicht über genügend Eigenmittel verfügt.

Daher stelle ich hiermit einen Antrag auf Bezuschussung des Projektes in Höhe von 24.475,- € für das Haushaltsjahr 2020. Die Gemeinde hat - neben dem erheblichen Effekt zur Verbesserung der Umweltsituation - die Chance mit einer Ko-Förderung Bundesmittel in die Region zu ziehen und dem regionalen Gartenbau dauerhaft einen neuen regional geschlossenen Markt aufzubauen. Darüber hinaus bekommt die Bevölkerung ein einfaches Angebot etwas für die heimische Insektenwelt zu tun.

Weitere Details können Sie dem beiliegenden Antrag mit Projektbeschreibung entnehmen.

Ich bitte um wohlwollende Prüfung und möchte Sie bitten, diesen Antrag an die Fraktionen des Rates weiterzuleiten. Für ergänzende Informationen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dietrich Cerff  
Geschäftsführer

Von HIER für HIER

Die SCHÖNEN WILDEN vom Niederrhein  
für Balkon, Garten und Grünanlagen

## Antrag auf Kofinanzierung

Die NABU-Naturschutzstation Niederrhein beantragt die Förderung dieses Projektes in Höhe von insgesamt 24.475 € für die Jahre 2020 bis 2026, entsprechend ca. 3,7 % der voraussichtlichen Projektsumme.

Zur Projektbeschreibung siehe die folgende Skizze.

### Kontaktpersonen:

NABU-Naturschutzstation Niederrhein e.V.  
Dietrich Cerff  
(Geschäftsführer)





# Von HIER für HIER

Die **SCHÖNEN WILDEN** vom Niederrhein  
für Balkon, Garten und Grünanlagen



## Antrag auf Kofinanzierung

### Anlass

Ein Aufschrei ging 2018 durch die Republik nachdem eine Studie des Entomologischen Vereins Krefeld einen dramatischen Rückgang der Insekten um rund 75% festgestellt hatte. Zahlreiche Kommunen, Bürger und Unternehmen erkennen, dass dringend gehandelt werden muss. Aber noch ist es umständlich und erfordert Aufwand und Wissen, sich für Insekten einzusetzen.

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) reagierte und fördert Projekte, die helfen, dem Insektenschwund entgegenzuwirken. Unser Projekt schließt die Lücke zwischen dem Willen zu helfen und einfacher Umsetzung. Zusammen mit regionalen Kooperationspartnern möchten wir eine Vielzahl an Wildpflanzen, die den Insekten als Nahrung und Lebensraum dienen, im konventionellen Handel anbieten. Jeder, der sich an der Rettung der Insekten beteiligen möchte, kann dann konkret, schnell und nachhaltig helfen.

**Mithilfe der Kofinanzierung und einem hohen Betrag an Bundesmitteln kann ein regionaler Markt für mehr Naturschutz in Dorf und Stadt und dauerhafter Wertschöpfung in der Region aufgebaut werden.**



### **Bedeutung der Insekten für uns Menschen**

In unserer zunehmend industrialisierten Landwirtschaft wird der Platz für Wildpflanzen immer geringer. Weniger dieser oftmals „schönen Wilden“ bedeutet damit auch weniger Lebensraum, Nahrung, Nistmöglichkeiten und Überwinterungsplätze für Insekten.

Insekten sind nicht nur unsere wichtigsten Pflanzenbestäuber. Sie regulieren auch die Anzahl der Schädlinge, sorgen für die Reinhaltung der Gewässer, führen tote Biomasse in den Mineralstoffkreislauf zurück und dienen anderen Lebewesen als Nahrung. Weniger Insekten heißt, weniger Fische, weniger Amphibien, weniger Vögel und weniger Säugetiere mit gravierenden Konsequenzen für uns Menschen.

### **Projektziele und Inhalt**

**Mit Bundesmitteln wollen wir in den nächsten sechs Jahren ein attraktives Angebot an Wildstauden für Balkon, Garten und Grünanlagen schaffen und über Gartencenter und Baumärkte vertreiben.**

Im konventionellen Handel werden bislang nur die üblichen Samenmischungen angeboten – oftmals mit Pflanzensamen aus ganz unterschiedlichen Kontinenten, um Blühstreifen oder Wildblumenwiesen anzulegen. Unser Projekt eröffnet die Möglichkeit, Wildstauden direkt in die Gärten zu holen. Nicht als Samen, die oftmals nur eine Saison wirken (wenn überhaupt), sondern gleich als fertig produzierte Stauden, die unkompliziert in den eigenen Garten, das Betriebsgelände oder die städtischen Rabatten zu integrieren sind. Ganz ohne Aufwand und völlig unproblematisch können dann Gartenliebhaber die Pflanzen kaufen und einpflanzen. Es muss keine spezielle Gärtnerei ausfindig gemacht werden, es muss nicht ungeduldig darauf gehofft werden, dass aus Saatgut auch wirklich ein Pflänzchen wird. Die Summe der Gartenflächen in der Bundesrepublik ist etwa so groß wie die aller Naturschutzgebiete zusammen. Was für ein Potenzial sich darin verbirgt!

Das Besondere an unserem Projekt ist, dass wir ausschließlich heimische Wildstauden produzieren wollen – sogenannte Regio-Wildstauden.

Unser Motto lautet „VON HIER – FÜR HIER“! Denn z.B. Margerite ist nicht gleich Margerite. Es sind mitunter die feinen Nuancen, die eine Pflanze für Insekten nützlich oder unbrauchbar machen.



### **Regio-Wildstauden und Insekten funktionieren wie Schlüssel und Schloss**

Dass exotische Pflanzen oft nicht den Bedürfnissen unserer heimischen Insekten entsprechen, ist leicht nachzuvollziehen. Aber auch gleiche oder ähnliche Pflanzenarten, die in anderen Regionen der Erde erzeugt wurden, sind nicht an die hiesigen klimatischen Verhältnisse und vor allem nicht an unsere Insektenfauna angepasst. Sie nützen der Vielzahl unserer Insektenspezialisten nicht und sind zudem anfälliger für Krankheiten. Die vielen Spezialisten unter den Insekten benötigen tatsächlich genau an ihre Mundwerkzeuge angepasste Blüten, die sich im Laufe der Evolution gemeinsam entwickelt haben. Wie ein Schlüssel nur in ein bestimmtes Schloss passt, so passen auch die Mundwerkzeuge der Spezialisten unter den Insekten nur in die Blüte einer bestimmten Pflanzenart. Darüber hinaus reduzieren Pflanzen aus anderen Regionen die hiesige genetische Variabilität, die es den Pflanzen ermöglicht, auf sich verändernde Lebensbedingungen zu reagieren. Darüber hinaus reduzieren Pflanzen aus anderen Regionen die hiesige genetische Variabilität, die es den Pflanzen ermöglicht, auf sich verändernde Lebensbedingungen zu reagieren.

Deshalb werden unsere Wildstauden nicht nur aus regionalem Saatgut produziert, sondern auch ausschließlich in dieser Region. FÜR HIER - VON HIER!

Zeitgleich möchten wir die Nachfrage nach diesem heimischen Pflanzgut steigern, indem wir aufklären, informieren und professionell Werbung betreiben. Mit einer ansprechenden Broschüre und Infomaterial zum Pflanzgut, mit Erläuterungen, wie einfach sich etwas gegen den Insektenschwund tun lässt und warum gerade regionales Pflanzgut von so großer Bedeutung ist.

Aber nicht allein Privatleute sollen informiert werden. Unser Interesse liegt ebenso darin, die Bedeutung des Regio-Pflanzgutes auch an Gärtner, Garten- und Landschaftsbauer, Kommunen und Gewerbetreibende weiterzugeben. Durch die geplante Kooperation mit hiesigen Gartenbauunternehmen wird das geschaffene Angebot so groß sein, dass auch Großabnehmer (z. B. Grünflächenämter) bedient werden können und sich die Situation für blütenbesuchende Insekten in den Kommunen grundlegend verbessern kann. In Workshops, mit Exkursionen und Tagungen möchten wir auch diese Gruppe ansprechen und von unserer Idee begeistern.

Ein weiteres Arbeitspaket sieht die Beratung der Gewertreibenden vor. Wir informieren darüber wie sie ihre Grünanlagen insektenfreundlicher gestalten und Regio-Pflanzgut in ihre Beete integrieren können.

Messestände, Artikel in Fachzeitschriften, Fachtagungen und mehrere Video-Tutorials sind ebenso im Rahmen des Projektes vorgesehen, um die Regio-Pflanzgut-Idee von unserer Klever Heimat in andere Landes- und Bundesregionen zu tragen, in denen dann auch „VON HIER – FÜR HIER“ gilt und somit aus unserem kleinen Schritt, ein noch viel größerer wird.

## Finanzen

### **Kosten**

Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf rund 749.500 €. Davon fallen 273.500 € für Sachmittel und 476.000 € für Personalkosten.

### **Finanzierung**

Hauptfinanzierung erfolgt über Bundesmittel im Rahmen des Programmes für Biologische Vielfalt. Da der Bund jedoch keine Vollfinanzierung übernimmt, sind wir auf der Suche nach einer Kofinanzierung in Höhe von 15 %.

Die Finanzierung soll wie folgt aussehen:

Bundesmittel Biologische Vielfalt	637.075 €
Kreis Kleve (angefragt)	74.950 €
Kommunen (angefragt)	27.475 €
<u>NABU-Naturschutzstation Niederrhein e.V.</u>	<u>10.000 €</u>
<b>Summe</b>	<b>749.500 €</b>

**Hiermit beantragen wir die Kofinanzierung dieses Projektes mit 27.475 €, evtl. auch verteilt über die Projektlaufzeit von 6 Jahren. Damit kann mit einem überschaubaren Betrag eine große Summe an Bundesfördermitteln in die Region gelenkt werden und ihr direkt zugutekommen.**

### Kontaktpersonen:

NABU-Naturschutzstation Niederrhein e.V.  
Dietrich Cerff  
(Geschäftsführer)

Dietrich.Cerff@nabu-naturschutzstation.de



P.S: NACHHALTIGKEIT wird bei uns ganz groß geschrieben.

Wir werden die Wildstauden in plastikfreien Töpfen anbieten, die miteingepflanzt werden und im Boden verrotten. Außerdem werden alle mit uns kooperierenden Gartenbaubetriebe verpflichtet, an Versuchen zur Torfreduktion teilzunehmen, womit wir zeitgleich auch den Erhalt unserer Moore und den Klimaschutz unterstützen.